

Für Rätemacht und Revolution!

# KLASSENKAMPF

Nummer 44 | September 2021 | 2,-

Zeitung der Gruppe Klassenkampf, öst. Sektion des Kollektivs permanente Revolution



## Editorial: Die Hülle ist rissig

Die parlamentarische Demokratie ist die beste Hülle für die tatsächliche Machtausübung der herrschenden Klasse. Aber derzeit läuft es unrund in Österreich

Seite 2

## Skandale en masse: 1 + 1 = Korruption

Ist es wirklich so eine Überraschung, dass die neue türkise „Buberlpartie“ nach allen Regeln der Kunst Posten unter sich und ihren Spezies aufteilt? Keineswegs – das ist systemimmanent

Seite 6

## Südafrika: Der ANC vor der Spaltung

Gewalttätige Unruhen haben Südafrika nach der Verhaftung von Ex-Präsident Zuma erschüttert. Der ANC, traditionelle Mehrheitsbewegung im Land, steckt in einer tiefen Krise.

Seite 11



ISSN: 2220-0657



9 772220 065718

# Die Hülle ist rissig

*Die Allmacht des „Reichtums“ ist in der demokratischen Republik deshalb SICHERER, weil sie nicht von einzelnen Mängeln des politischen Mechanismus, von einer schlechten politischen Hülle des Kapitalismus abhängig ist. Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es (...) von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, dass KEIN Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik, diese Macht erschüttern kann.*

*Es muß noch hervorgehoben werden, daß Engels mit größter Entschiedenheit das allgemeine Stimmrecht als Werkzeug der Herrschaft der Bourgeoisie bezeichnet. Das allgemeine Stimmrecht, sagt er unter offensichtlicher Berücksichtigung der langjährigen Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie, ist "... der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat ..."*

So charakterisierte Wladimir Iljitsch Lenin am Vorabend der russischen Oktoberrevolution von 1917 das Wesen der demokratischen Republik. Wie Lenin in einem seiner berühmtesten Werke - „Staat und Revolution“- zeigt, ist der Begriff „bürgerliche Demokratie“ ein Widerspruch in sich. Der Staat ist der Ausdruck der Spaltung der Gesellschaft in feindliche Klassen, sein Ziel ist es, die Macht der jeweils herrschenden Klasse(n) zu verteidigen.

Es wäre zu viel der Ehre, würde man den oder der herr-

**Es wäre zu viel der Ehre, würde man den oder der herrschenden Klasse soviel Klugheit und Weitsicht zusprechen, dass sie immer den für sie besten Repräsentanten an die Spitze „ihres“ Staates bringt.**

schenden Klasse soviel Klugheit und Weitsicht zusprechen, dass sie immer den für sie besten Repräsentanten (sei es eine Partei, sei es ein politisches Individuum) an die Spitze „ihres“ Staates bringt. Die gleichen Philister (*Spießbürger* - Anm. des Verfassers, der unverständliche Begriffe vermeiden möchte!), die sich über die „Spaltungen“ der Linken lustig machen, übersehen geflissentlich, wie viele verschiedene Parteien, Fraktionen, Vereinigungen, Interessensvertretungen die herrschende Klasse hervorbringt – weil auch diese Klasse in sich differenziert und widersprüchlich ist.

Womit wir glücklich bei Sebastian Kurz und der „Neuen Volkspartei“ gelandet sind. Der junge Hoffnungsträger der traditionellen Partei der österreichischen Bourgeoisie, der sich erfolgreich an die Spitze der Volkspartei intrigiert hatte, hat selbst im eigenen Lager an Strahlkraft verloren.

Beifall gab es, als der rabiate Antisozialist 2017 zum ersten Mal eine Koalition - die mit der SPÖ unter Christian Kern - sprengte; dann, als er mit der FPÖ Heinz-Christian Straches eine stramm reaktionäre Regierung bildete, deren Kurs sich in die

neue nationalistisch-religiösfundamentalistische Welle in zahlreichen Ländern auf allen Kontinenten einschrieb.

Bereits die von langer Hand vorbereitete Machtergreifung der Kurz-Truppe in der Volkspartei zeigte, dass sich innerhalb des bürgerlichen Lagers eine politische Umorientierung vollzogen hatte. War die „alte ÖVP“ durch das Austarieren der Bünde (Bauernbund, Wirtschaftsbund, Österr. Arbeiter- und Angestelltenbund, Seniorenbund, ÖVP Frauen und JVP) gekennzeichnet, gab Kurz nun den Modernisierer und kündigte an, die Partei in eine Bewegung umwandeln zu wollen.

Das war keine geniale Neuschöpfung – bereits Jörg Haider hatte die „alte“ FPÖ in eine „Bürgerbewegung“ umgemodelt. In beiden Fällen war die Absicht klar: Vorbei an gewachsenen Parteistrukturen sollte ein Führerprinzip verwirklicht werden. Der Mann an der Spitze sollte in letzter Instanz die Politik der „Bewegung“ entscheiden.

Offensichtlich orientierte sich Kurz bei diesem organisatorisch-politischen Kurswechsel an Frankreichs Emmanuel Macron, der seine Karriere unter dem Sozialdemokraten Hollande begonnen und sich dann – im weitesten Sinne – nach „rechts“ abgespalten hatte und mit einem wirtschaftsliberalen Programm an der Spitze seiner Bewegung „En marche“ die Regierungsmacht eroberte.

Kurzens politische Vorstellungen waren schwammig und nur in einem Punkt klar: er war, ebenso wie sein innerparteilicher Mentor Wolfgang Sobotka, ein geradezu paranoider Sozialistenfresser. Seine Truppe bestand und besteht aus Personen, die durch folgende Schnittmenge gekennzeichnet ist: Die absolute Loyalität zu Kurz und die Ablehnung von allem, was irgendwie nach Sozialismus aussieht.

Bereits im Vorfeld der politischen Liquidierung seines Vorgängers Reinhold Mitterlehner hatte sich Kurz die Unterstützung von Vertretern der Industrie und der Tourismuswirtschaft gesichert. Die neue, türkis gestrichene Bewegung, versprach mit der Beseitigung der SPÖ aus der Regierung und der Zerstörung der Sozialpartnerschaft den Weg zu einer expansiven Wirtschaftspolitik ohne Rücksichten auf die Lohnabhängigen freizumachen.

Die Koalition mit der Strache-FPÖ nach den Nationalratswahlen war ein wichtiger taktischer Schritt einflussreicher Fraktionen der österreichischen Bourgeoisie in Richtung Aushebelung der klassischen bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, Aufhebung von Freiheitsrechten, einer Anheizung des Nationalismus (beschönigend „Patriotismus“ genannt) und der Spaltung der Werktätigen durch eine rasante Zuspitzung der Ausländer\*innenfeindlichkeit.

Konnte der ideologische Stammvater Kurz', Wolfgang Schüssel, im Jahr 2000 die Freiheitlichen noch als Rauchvorhang benutzen, hinter dem er das neoliberale ÖVP-Regierungsprojekt durchzog, während die „antifaschistische Öffentlichkeit“ so auf

Haider und seine Partei fixiert war, dass sie die reaktionären Maßnahmen der VP-Minister „übersah“, tat sich Kurz hier deutlich schwerer. Und vor allem sah die „neue Volkspartei – Team Kurz“ keinerlei Veranlassung mehr, ihren autoritären Kurs zu bemängeln.

Die FPÖ hatte zwischenzeitlich ebenfalls dazu gelernt. Im Eilzugstempo brachte sie Parteigänger\*innen in Ministerien und staatsnahen Unternehmen unter. Vor allem Innenminister Herbert Kickl hatte mit ziemlich massiven Mitteln eine der traditionellen Bastionen der VP (das Innenministerium und damit den Staatsschutz BVT) angegriffen und versucht, dort ihm ergebene loyale FPÖ-Anhänger hineinzusetzen.

Die reaktionäre Durchseuchung des Staatsapparates wurde durch Umbauten in den Ministerien ergänzt. Mit der Einsetzung von „Generalsekretären“ (seit 2000 gab es einen Staatssekretär im Außenministerium) wurde eine politische Ebene zwischen den Minister\*innen und den höchsten Ministerialbeamten\*innen eingezogen, die das Recht hatten, der unteren, beamteten Ebene Weisungen zu erteilen. In Österreich hat die Beamtenschaft seit der Regentschaft Josephs II. (1765/1780-1790), spätestens aber seit der ersten Verfassung 1867 hinter den Kulissen eine bedeutende Rolle im politischen Geschehen gespielt. Unkündbar konnten sie sich politischen Einflüssen in einem gewissen Maß entziehen, als Rückgrat der staatlichen Verwaltung schufen sie eine Kontinuität, die auch durch eingesetzte oder gewählte Regierungen kaum unterbrochen werden konnte (so wurde nach 1918 der Großteil der Staatsbeamten der Republik von ehemaligen k.u.k.-Beamten gestellt). Diese „relative Autonomie“ wurde durch die neue Struktur deutlich eingeschränkt.

Zugleich änderte sich der bisherige parlamentarische Arbeitsstil gewaltig: Anfragen der Oppositionsparteien wurden lächerlich gemacht und in provokant-aggressiver Weise „beantwortet“; Regierungsmitglieder und der Bundeskanzler zeigten unverhohlenes Desinteresse an den parlamentarischen Debatten (etwa, indem sie sich ausschließlich ihren Handys widmeten).

Dazu kam die „message control“ – eine Art freiwillige Selbstknebelung der Regierungsmitglieder. Nach präzisen Vorgaben aus dem Bundeskanzleramt wurden Themen in der Öffentlichkeit lanciert und andere totgeschwiegen oder in den Hintergrund gedrängt. Dadurch entstand der Eindruck einer monolithischen Eintracht (einer Einheit aus einem Guss – alternativ!) im Regierungsblock. Durch die Vergabe von Inseraten durch Ministerien und das Bundeskanzleramt wurde zusehends eine Phalanx regierungsloyaler Massenmedien geschmiedet.

Im für das Kapital wichtigen Wirtschaftsbereich zeigte sich, dass die finanzielle Unterstützung für Kurz eine lohnende Investition gewesen war: Der Vorstoß zur Arbeitszeitverlängerung ab 1. September 2019 (12-Studenten-Gesetz) wurde von WKÖ und IV gefeiert. Auch die Steuerreform 2019/2020 wurde dort gut aufgenommen, wobei die Industriellenvereinigung leise Kritik anklingen ließ, dass die Senkung der Körperschaftssteuer zu moderat und zeitlich zu zögerlich ausgefallen sei. „Die Richtung stimmt“, stellte der damalige IV-Präsident Georg Kapsch fest. Finanzminister Hartwig Löger und „Sozialministerin“ Beate Hartinger-Klein waren ein gutes Team – für die Kapitalist\*innen.

Was FPÖ und Türkise in der Öffentlichkeit zusammenschweißte war das „Ausländerthema“, wie es die bürgerlichen Medien nannten. Kickl als Innenminister konnte sich hier austoben („Ausreisezentren“ statt „Asylberatungsstellen“, Kriminalisierung von Menschen, die Geflüchteten halfen, ihre Rechte wahrzunehmen...), während Kurz gebetsmühlenartig damit prahlte, „die Balkanroute geschlossen“ zu haben.

Aber schon am 18. Mai 2019 zerbrach die zweite Koalition unter Kurz: Wie gerufen kam die Veröffentlichung von Auszügen aus dem „Ibiza-Video“, um die FPÖ aus der Regierung zu entfernen. Wie sich im Lauf der kommenden zwei Jahre zeigte: Wovon Strache und Gudenus auf Ibiza schwadroniert hatten, war im Dunstkreis der Kurzschen Buberlpartie schon lange Gang und Gäbe geworden.

Die Clique an der Spitze der Türkisen hämmerte im nun notwendigen Nationalratswahlkampf auf einige wenige Punkte ein: Natürlich das „Ausländerthema“; natürlich die „sauberen Hände“, nachdem man ja von der FPÖ so hintergangen worden war.

## **D**er Subtext der Wahlkampagne war ein anderer: Die von den Türkisen seit dem Kurz-Putsch offen betriebene Vision eines autoritären starken Staates war die Achse, um die sich alles drehte.

Und natürlich ein allgemeiner strahlender Zukunftsoptimismus, Fleisch geworden im heilsbringenden jugendlichen Kanzler.

Der Subtext der Wahlkampagne war ein anderer: Die von den Türkisen seit dem Kurz-Putsch offen betriebene Vision eines autoritären starken Staates war die Achse, um die sich alles drehte. Dem Parlament wurde der Volkswille entgegengestellt; „Das Parlament hat bestimmt, das Volk wird entscheiden“, tönnte es aus der türkisen Parteizentrale. Beschworen wurde die Zeit des „Stillstands“ (nicht vergessen: die ÖVP war seit 2000 in allen Regierungen präsent!), die Effizienz der „Macher“ an der Spitze, die halt, um was weiterzubringen, nicht auf den schwerfälligen parlamentarischen Instanzenzug warten konnten.

Wahlen - „... der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat ...“ Bei den Nationalratswahlen 2019 konnte die Kurz-Partei 5,99% zulegen, die SPÖ verlor 5,68%, die FPÖ 9,8%.

Die Rechnung der „neuen Volkspartei“ war aufgegangen. Durch einen scharf reaktionären und autoritären Kurs sollte der Einfluss der FPÖ zurückgedrängt werden. Kurz setzt um, was der bayerische CSU-Führer Franz-Josef Strauß seinerzeit postulierte: „Rechts von der CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben“.

Mit den Grünen holten sich die Türkisen klar berechnet einen knieweichen Partner ins Boot, der Wählerschichten abdecken konnte, bei denen die vormals als klerikal-konservativ verschrieene Volkspartei in den vergangenen Jahren immer mehr schwächelte: neben kleinbürgerlichen, freiberuflichen Schichten in den Städten ökologisch orientierte jüngere Bäuerinnen und Bauern. „Das beste zweier Welten“ wurde so die beste Welt für Kurz und seine Familie.

Ende Februar 2020: Auftritt Corona-Virus. Die Pandemie unterbricht das „business as usual“. Die Regierung unter türkiser Federführung macht sich die Krise in mehrfacher Hinsicht zu-

nutze. Klarerweise kann sie nicht hinnehmen, dass perspektivisch die Wirtschaft durch eine unkontrollierte Ausbreitung der Seuche zusammenbrechen könnte. Deshalb, aber nicht aus gesundheitspolitischen Erwägungen, kommt es zum ersten Lockdown. Lockdown heißt: Die Lohnabhängigen arbeiten weiter – teils wie gewohnt, teils im „Home-Office“ – oder werden auf Kurzarbeit gesetzt.

Die Türkisen mussten wohl oder übel angesichts der Dimension der Pandemie Maßnahmen ergreifen, die vom wissenschaftlich-medizinischen Standpunkt aus notwendig waren, um die Verbreitung der Krankheit aufzuhalten (Quarantäne nicht nur für Infizierte, sondern auch für deren Kontaktpersonen; Mund-Nasen-Schutz, später FFP2-Masken, um die Übertragung des Virus zu erschweren; „social distancing“ und Teil-Lockdowns). Gleichzeitig mussten aber die Lebensmittelversorgung, die Produktion in den Schlüsselindustrien, Infrastruktur und Transportlogistik und vor allem die sozialen Dienste in und außerhalb des Gesundheitssektors aufrechterhalten werden.

Die gleichen Ideolog\*innen, die seit Jahren die Trommel für „mehr privat, weniger Staat“ rührten, waren plötzlich gezwungen, zumindest rhetorisch Milliardenhilfen in Aussicht zu stellen. Nutznießer der Hilfsprogramme waren wieder einmal die Banken, die mit den Türkisen verflochtene Tourismusindustrie und die Großkonzerne. Die Übernahme von Sicherheiten für KMU gegenüber den Banken sollten schon prophylaktisch die zu erwartende Pleitewelle nach der Krise für die Banken abfedern. Die Grünen, die in der Regierung das undankbare Gesund-

lich als Partei „des kleinen Mannes“ (und wie immer nicht der kleinen Frau) zu profilieren. Als einzige Parlamentspartei ist sie von Anfang an auf den Zug der Coronaleugner, Impfgegner und Maskenverweigerer aufgesprungen. Unbestritten haben die chaotischen und widersprüchlichen Regierungsmaßnahmen zu Unruhe und Protest in Teilen der Bevölkerung geführt. Überforderte Eltern (vor allem Alleinerziehende), die plötzlich „homeschooling“ machen sollten; Lohnabhängige, die auf Kurzarbeit gesetzt oder gekündigt wurden, und denen die Lockdowns jeden Ausgleich für die verlorenen sozialen Kontakte am Arbeitsplatz unmöglich machten. Jugendliche, deren Bedürfnisse von der reaktionären Regierung völlig negiert wurden und den Kontakt zu Freund\*innen verloren. Und so weiter ...

So entstand eine diffuse Protestbewegung, in der sich sofort Faschist\*innen, Esoteriker\*innen, religiöse Fundamentalist\*innen und alle Arten von Scharlatanen teilweise massiv engagierten. Über soziale Medien, einen Teil der Privat-TV-Sender und Radios verbreiteten diese ihre häufig verschwörungstheoretisch unterfütterten „Argumente“ gegen das Impfen, gegen Masken, gegen Quarantänemaßnahmen.

In einem kurzen Machtkampf konnte Herbert Kickl seinen Widersacher Norbert Hofer abservieren. Kickl hatte sich offensiv in die „Fairdenker“- und Coronaleugner-Szene gestürzt. Anfangs zögerlich und nur verbal testete der Kicklflügel die Einflussmöglichkeiten in der Bewegung aus. So wie in der Debatte um Rauchverbote argumentierte die FPÖ bezüglich COVID entgegengesetzt zu allen medizinischen Erkenntnissen für

die Verteidigung der „Freiheit“. Konkret der Freiheit, sich und andere mit dem Virus zu infizieren; für eine Freiheit, die an der eigenen Nasenspitze endet, dort, wo bei anderen Menschen ein Mund-Nasen-Schutz zumindest teilweise einen Schutz gegen Ansteckung und Verbreitung von Corona bietet.

In aller Öffentlichkeit vollzog Kickl am 13. März im Wiener Prater bei einer Großdemonstration der Coronaleugner den Schulterschluss mit den faschistischen Identitären, die mit ihren Transparenten die Tribüne flankierten, auf der der ehemalige Innenminister die Massen aufpeitschte. Der Redner lobte diese gar nicht so neuen Verbündeten für ihren Slogan „Kurz wegkickln!“.

Tatsächlich bahnen sich am „rechten Rand“ massive Kämpfe zwischen Türkis und Blau an. Während Kurz und seine Gefolgsleute versuchen, den Freiheitlichen durch eine aggressive law-and-order-Politik und zunehmende Ausländerfeindlichkeit den Boden unter den Füßen wegzuziehen, gibt sich die Kickl-Partei plötzlich demokratisch und als Verteidigerin der Freiheit. Der gleiche Herbert Kickl, der nicht genug gegen „linke Berufsprotestierer“ geifern konnte, ist nun plötzlich der Patron der teilweise illegalen Proteste von Impfgegner\*innen und Coronaleugner\*innen. Der Mann, der gar nicht genug Polizei auf der Straße sehen konnte, klagt nun über „exzessive Polizeieinsätze“ unter Verantwortung seines Nachfolgers Nehammer.

Die „neue ÖVP“ setzt ihren autoritären Kurs fort und schwächt dabei bewusst weiterhin die parlamentarische Demokratie (siehe Ibiza-Untersuchungsausschuss). Sie kann sich das

## **Mal gab es „Licht am Ende des Tunnels“, dann drohten Leichenberge, wie bei den Weltuntergangsszenarien der Zeugen Jehovas wurden immer neue Termine für die „Rückkehr zu einer neuen Normalität“ genannt.**

heitsressort innehatten, standen gleich mehrfach auf verlorenem Posten: obwohl seit gut 15 Jahren international vor einer derartigen Pandemie gewarnt worden war, gab es keine Vorbereitung auf den Notfall; jahrzehntelang wurde im öffentlichen Gesundheitssektor „eingespart“, die „private Vorsorge“ empfohlen und profitorientierte Privatkliniken gefördert. Der brave grüne Parteisoldat Rudolf Anschober versuchte, die Krise so gut es ging zu verwalten und musste perplex daneben stehen, wenn bei Regierungspressekonferenzen (derer es gar viele gab) der Bundeskanzler je nach politischer Konjunktur drauflos fantasierte. Mal gab es „Licht am Ende des Tunnels“, dann drohten Leichenberge, wie bei den Weltuntergangsszenarien der Zeugen Jehovas wurden immer neue Termine für die „Rückkehr zu einer neuen Normalität“ genannt.

Die Grünen scheinen mittlerweile den Selbstzerstörungsknopf gedrückt zu haben: In allen wichtigen innenpolitischen Fragen kapitulierten sie vor den Türkisen und vertrösteten die immer dünner werdende Basis mit der „Umsetzung der grünen Themen“ im Regierungsprogramm. Kaum versuchen sie Kante zu zeigen, fährt ihnen der Kanzler mit markigen Sägern in die Parade („Klimaschutz – keine Rückkehr in die Steinzeit“).

Die Corona-Krise bot der FPÖ eine Tribüne, um sich neuer-

leisten, weil sie – mit Ausnahme der Justiz – im Prinzip den gesamten Staatsapparat kontrolliert. Parlamentarische Kontrolle ist für sie daher ein Hindernis.

Die Freiheitlichen wiederum sind heute noch nicht in der Lage, außer bei punktuellen Auseinandersetzungen (wie der Corona-Maßnahmen), die Straße zu mobilisieren. Die neue FP-Führung testet aber hier schon aus, wie ihre entsprechenden Möglichkeiten aussehen. Daher schlucken sie parlamentarische Kreide, im vollen Bewusstsein, dass sie Kurz und seine Riege derzeit wohl nur durch Wahlen unter Druck setzen oder gar stürzen können.

In Warteposition befindet sich im bürgerlichen Lager NEOS. Die Partei, deren Führungsspitze aus ehemaligen ÖVP-Mitgliedern und Ex-Liberalen besteht, präsentiert sich als sowas wie die bessere demokratische Ergänzung zur Kurz-Truppe. Wirtschaftsliberal bis ins Mark, versucht sie gleichzeitig, Werte wie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Verfassungstreue zu vertreten. Sie kann damit einerseits ein Vakuum füllen, das die Kapitulation der Grünen in der Regierung geschaffen hat; andererseits kann NEOS damit bei bürgerlichen Punkten, denen die zunehmend autokratische und isolationistische Politik Kurz' zu weit geht.

Mit Unbehagen registrieren bürgerliche Medien, die von Kurz durch Regierungsinserate „wohlgesonnen“ gemacht wurden, dass die Regierung den österreichischen Kapitalismus zusehends gegenüber der EU in eine prekäre Lage bringt. Im Oktober 2020 versuchten die „Frugalen Vier“ Österreich, Schweden, Dänemark und die Niederlande das vom französischen Präsidenten Macron vorbereitete 750 Milliarden Euro-Hilfspaket für die besonders von der Corona-Krise betroffenen südlichen EU-Mitgliedsstaaten zu hintertreiben; Im Februar 2020 brachte Kurz die meisten europäischen Regierungen gegen sich auf, weil er plötzlich lautstark die angeblich zu geringe Impfmengenlieferung an Österreich kritisierte (wobei die Bestellmenge von seiner Regierung festgelegt worden war). Als er drei Wochen später bei einem Treffen des dafür zuständigen EU-Steering-Committee drohte, gegen die Bestellung weiterer Impfdosen ein Veto einlegen zu wollen, verscherzte er es sich vermutlich für längere Zeit mit seinen (auch konservativen) Amtskollegen.

Die verstärkte Zuwendung der österreichischen Außenpolitik zu den Visegrad-Staaten ist ein weiterer Faktor der Irritation, noch dazu, da auf der Sachebene die einzige Schnittmenge zwischen den V4-Staaten und Österreich der aggressive Kurs gegen Geflüchtete und Migrant\*innen ist. Dass es daneben durchaus politische Sympathien mit den autoritären Maßnahmen Orbáns (Ungarn) und Morawieckis (Polen) gibt, ist unverkennbar. Dementsprechend scharf äußerte sich das Zentralorgan der deutschen Kapitalisten, das „Handelsblatt“, zu Kurzens erster Auslandsreise nach seiner Wiederwahl – zum Gipfel der Visegrad-Staaten: „Mit seinem medialen perfekt inszenierten Auftritt und seinen provokanten Äußerungen hinter freundlicher Fassade nutzt Kurz der EU in keiner Weise. Er droht ihr sogar mit seiner Haltung zu schaden. Denn im Fall von Polen und Ungarn geht es nicht um angeblichen fehlenden Respekt, sondern um mehr

*Recht. Gegen beide osteuropäische EU-Länder laufen Vertragsverletzungsverfahren nach Artikel 7“.*

Auch das Hissen der israelischen Fahne am Außenministerium und am Kanzleramt Mitte Mai 2021, am Höhepunkt der neuen israelischen „Vergeltungsschläge“ gegen Raketenabschüsse aus dem Gazastreifen, die in erster Linie der Einschüchterung und Terrorisierung der palästinensischen Zivilbevölkerung dienten, fand in der EU keine Unterstützung.

Die wachsende Kritik an der Regierung im Allgemeinen und Kurz im Besonderen in Medien, die bisher unverbrüchlich im Regierungslager standen, wie etwa im KURIER, zeigen deutlich, dass sich hinter den Kulissen einiges tut. Kurz ist mit großen Versprechungen gegenüber seinen kapitalistischen Financiers angetreten, jetzt, wo nach seinen eigenen Worten eh schon alles vorbei ist, muss er liefern.

Sein Arbeitsminister Kocher hat den anfang gemacht, indem er weitere Angriffe auf Arbeitslose angekündigt hat.

In dünnen Worten beschreibt die Statistik Austria in einer

## **D**urch ihre verzweifelten Versuche, sich als „vernünftige Partnerin“ zu präsentieren, hat die SPÖ geradezu herausgefordert, von der Bourgeoisie noch stärker angegriffen zu werden.

Aussendung vom 7. März 2021 eine für die Lohnabhängigen bedeutsame Untersuchung:

*„Wie die finalen Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung von Statistik Austria weiter zeigen, stieg die Zahl der Arbeitslosen nach EU-Definition um 19,0% auf 243.500 an. Die Erwerbstätigenquote lag mit 72,4% um 1,2 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2019, die Arbeitslosenquote mit 5,4% um 0,9 Prozentpunkte über dem Vorjahresniveau. Zudem ist die 'stille Arbeitsmarktreserve' um 52,0% auf 154.700 Personen gestiegen. Die Zahl der offenen Stellen sank im Vergleich zum Vorjahr um ein Fünftel (-25.600 bzw. -20,0%) und lag im Jahr 2020 bei 102.600.*

Außerdem kündigt sich ein neuer Inflationsschub an. Auch wenn die Nationalbank in ihrer Prognose die Teuerungsgefahr herunterspielt – wenn man bedenkt, dass laut einer SORA-Studie 9 von 10 Arbeitslosen am Rande oder unter der Armutsgrenze leben und im Herbst die diversen Stundungen für Mieten enden, bahnt sich hier eine soziale Erschütterung an, auf die wir uns vorbereiten müssen.

Und die Sozialdemokratie? Deren Krise lässt sich nicht, wie das bürgerliche Journalist\*innen gerne tun, auf einen Konflikt Rendi-Wagner gegen Doskozil reduzieren. Das Faktum ist: Die bürgerliche Arbeiter\*innenpartei SPÖ befindet sich zwischen zwei für sie existenzbedrohenden Mühlsteinen. Einerseits hat sie durch eigene Schuld (als Agentur der herrschenden Klasse in der Arbeiter\*innenbewegung) ihre Basis so eingedampft, dass sie auf der anderen Seite für die Kapitalist\*innen weitgehend ihren Wert verloren hat. Wozu einer Partei Zugeständnisse machen, deren Einfluss zwar immer noch bedeutend, aber schon vernachlässigbar ist?

Durch ihre verzweifelten Versuche, sich als „vernünftige

Partnerin“ zu präsentieren, hat die SPÖ geradezu herausgefordert, von der Bourgeoisie noch stärker angegriffen zu werden. Das Mitziehen bei rassistischen Gesetzen („Kopftuchverbot“ in Kindergärten, Einstimmen in den Chor der Abschiebungsfanatiker...), die begeisterte Teilnahme der sozialdemokratischen ÖGB-Bürokrat\*innen an Kurzens „Team Österreich“ zu Beginn der Coronakrise, inklusive der schändlichen Kollektivvertragsabschlüsse in der Sozialwirtschaft und im Handel haben sogar gutmeinenden Sympathisant\*innen der Sozialdemokratie gezeigt, dass von dieser Partei nichts mehr zu erwarten ist.

Unsere Aufgabe ist es nicht, der SPÖ Vorschläge zu machen, wie sie aus der Krise kommen kann, wie sie Glaubwür-

digkeit gewinnen könnte, wie sie „die Arbeiter\*innen zurückerobert“ kann. Wir wollen diese verrottete Partei nicht retten – wir wollen den Lohnabhängigen, die der SPÖ trotz allem mit viel Bauchweh die Treue halten, helfen, den Charakter dieser bürgerlichen Arbeiterpartei zu erkennen und mit ihr zu brechen.

Weltweit erleben wir, wie die bestehende Ordnung wankt, wie sie in einem Meer von Elend, Krankheit und Naturkatastrophen unterzugehen droht. Nein, um diese Ordnung ist es nicht schade. Schade ist es um die Milliarden von Menschen, die ein würdiges Leben, frei von Armut und Krankheit, frei von Obdachlosigkeit und Krieg führen wollen. Die unersättliche Profitgier der Imperialist\*innen, ihrer Konzerne und Bürokratien, verhin-

dert den effektiven Kampf gegen die Naturzerstörung mit ihren immer bedrohlicher spürbaren Auswirkungen; sie verdammt die Ärmsten des Planeten zu Krankheit und Hunger.

Deshalb kämpfen wir für eine Welt, in der die wirtschaftliche und politische Macht in den Händen der arbeitenden Massen, der proletarischen Frauen, der Jugend in Ausbildung liegt; eine Gesellschaft, in der die Arbeiter\*innen in frei gewählten, rechenschaftspflichtigen und jederzeit absetzbaren Räten über ihr Leben entscheiden. Ja, der Sozialismus ist nötig und er ist möglich. Ihn zu errichten ist weniger „utopisch“ als zu glauben, dass man die verkommene, verwesende kapitalistische Ordnung reformieren kann.



# 1 + 1 = Korruption

## Die einfache Mathematik der bürgerlichen Demokratie

**Wir erleben im Jahr 2021 in Österreich ein fortgesetztes Schauspiel der Korruption und Korrumpierbarkeit der bürgerlichen Demokratie und ihrer Institutionen auf offener Bühne und ein Ende ist nicht in Sicht, solange der politische Spielplan nicht grundlegend geändert wird.**

Vor 179 Jahren schrieb ein Mann, der die politischen Entwicklungen seiner Zeit scharf beobachtete und daraus bis heute gültige Schlüsse gezogen hat in einer amerikanischen Zeitung über das britische Parlament: „...das Unterhaus stimmte für ein drakonisches Gesetz gegen Bestechung, Korruption und unsaubere Wahlpraktiken im allgemeinen.“ Der Autor war Karl Marx und er konnte nicht ahnen, dass seine Worte auch heute noch in den Sitzungen des Hohen Hauses am Ring zitiert werden könnten.

### Untersuchungsausschuss

Der sogenannte Ibiza-Untersuchungs-

ausschuss, der die mutmaßliche Käuflichkeit der Türkis-Blauen Regierung von 2017 bis 2019 beleuchten sollte, ist – unter Zuhilfenahme der Grünen Türkis-Versteher - zu Ende gegangen bzw. „abgedreht“ worden und es liegt nunmehr der Endbericht des Verfahrensrichters vor. Dieser konnte trotz spürbarer Umklammerung durch die türkisch-schwarze Krake nicht umhin einige Punkte der Untersuchungen und Befragungen so darzustellen, dass unbefangene Beobachter\*innen nur staunen können, wie klar hier Korruption im Zusammenhang mit bestellten Gesetzen benannt wird.

Neben der höchst anrühigen Bestellung des Familienmitglieds und türkischen Toyboy Thomas Schmid zum Alleinvorstand der neu geschaffenen ÖBAG (Verwaltung von über 25 Milliarden Beteiligungen des Staates an höchst profitablen Großunternehmen) und dem Korruptionssumpf in der Glückspielbranche („Novomatic zahlt alle...“) sticht die Geschichte rund um den PRIKRAF (GKK berichtete bereits) besonders hervor und wollen wir die Schlüsse des Verfah-

rensrichters im Folgenden ein wenig näher beleuchten:

Um es noch einmal kurz zusammenzufassen, es gibt seit Blau-Schwarz I diesen Fonds, der mit über 100 Mio pro Jahr dotiert ist und der aus den Geldern der Werkstätigen finanziert wird, und daraus können sich Privatkliniken ganz legal für erbrachte Dienstleistungen an betuchten Patienten auf Kosten der Allgemeinheit bedienen, eine klassische Umverteilung von unten nach oben.

Das Schlummerdasein dieses Finanzierungsinstrumentes für die Reichen wurde mit Eintritt der Blauen unter HC Strache in die ÖVP-FPÖ Regierung unter Uniqaversicherungsverkäufer Sebastian Kurz als Bundeskanzler im Jahr 2017 beendet. Strache hatte Interesse die `Privatklinik Währing` am lukrativen Kuchen der Privatspitäler mitnaschen zu lassen, weil der Betreiber dieser Klinik mit ihm bekannt und darüber hinaus bereit war Geld an die Partei und wohl auch an Strache persönlich zu geben.

Da die Aufnahme einer weiteren Klinik in den Fonds bei gleichbleibender Geld-

menge weniger Ertrag für die einzelnen bedeutet hätte, gab es zunächst Widerstand von der mit der ÖVP bestens vernetzten PremiQuaMed-Gruppe, die zur Uniqa zählt und eine Reihe von Privatkrankenhäusern betreibt. Trefflicher Weise wurde just zu diesem Zeitpunkt der langjährige Spitzenfunktionär der Uniqa, Hartwig Löger, Finanzminister unter Sebastian Kurz. Kurz waren daher wohl auch die informellen Wege zwischen Bundesregierung, PremiQuaMed und Parlamentsfraktion der ÖVP. Wenn man dem Drängen des HC Strache schon nachgeben würde, dann nur mit einer doppelten Gewinnchance, einer für die Türkise Partei und einer für die Kapitalinteressen der übrigen Privatspitäler, insbesondere aber der Uniqa-Group.

Gesetzlich beschlossen wurde tatsächlich, dass die Privatklinik Währing in den Kreis aufgenommen wurde und gleichzeitig der Fonds um ca. € 15 Mio aufgestockt wurde. Diese Aufstockung bedeutet eine für die PremiQuamed (Uniqa) eine jährliche Mehreinnahme von schlanken € 4 Mio. Interessant dabei: bei der letzten Aufnahme einer Privatklinik in vergleichbarer Größe in den Fonds im Jahr 2008 wurde der Fonds um läppische € 380.000,- erhöht. Unter Kurz war die Erhöhung das 40-fache. So geht Business!

Aber wo war der Nutzen für die Türkise ÖVP?

Nun sichtbar sind zwei Spenden der PremiQuaMed an die ÖVP von jeweils € 25.000,- im Dezember 2017 und im Juni 2018, das ist das Geld und der monetäre Nutzen, der auf der Vorderbühne – ganz legal – geflossen ist. Was dahinter geschah, kann man mutmaßen, bleibt aber voraussichtlich im Dunkeln.

Wobei an der Legalität, auch im Sinne des bürgerlichen Rechtsstaates, hat ausgerechnet der Verfahrensrichter des U-Ausschusses mit seinem vorliegenden Bericht Zweifel aufkommen lassen, indem er mehrfach darauf hinweist, dass die PremiQuaMed Spenden nicht im Wahlkampf 2017 geflossen sind, sondern danach und in zeitlich ganz großer Nähe

zu der Gesetzwerdung des begünstigenden Gesetzes. Noch dazu gibt es Korrespondenz und nachgewiesene Treffen zwischen Löger, ÖVP-Generalsekretär und PremiQuaMed über die Spendennotwendigkeit und das entstehende Gesetz.

Wenn man also bei der Türkisen Bande 1 und 1 zusammenzählt erhält man im Ergebnis Korruption, die Rechnung ist immer dieselbe, das Ergebnis auch, egal ob bei Novomatic und dem ÖVP-nahen Sobotka-Verein, ob bei Schmid und seiner geschobenen Vorstandsbestellung oder eben beim PRIKRAF.

### Korrumpierbarkeit der Institutionen

Die eingangs erwähnte Korrumpierbarkeit der Institutionen hat allerdings in diesem Staat eine Dimension angenommen, die immerhin bislang halbwegs funktionierende Selbstreinigungskräfte der bürgerlichen Demokratie schwer beschädigt hat:

Die Justiz ist still und heimlich seit Jahren von schwarzen Netzwerken durchzogen (höhnisch sprach Sebastian Kurz von roten Netzwerken in der WKS-tA) und wurden dort alle der Macht der ÖVP schädlichen Verfahren gezielt „erschlagen“, zersetzt oder behindert – Stichwort Sektionschef Christian Pinnacek und sein Oberstaatsanwalt Fuchs. Wenn es den Türkisen gelingt, die amtierende Justizministerin Alma Zadic im Zaum zu halten oder gar die obersten Machthebel dieses Ressorts wieder in die eigenen Hände zu bekommen, wird es auf lange Zeit keine ernsthaften Untersuchungen gegen die Machenschaften der Österreichischen Volkspartei geben.

Die Medien hängen seit der putschmässigen Machtübernahme der ÖVP durch die türkise Clique mehr denn je am Inseratentropf der Regierenden und dieses Werk hat Sebastian Kurz und sein Klüngel schon strategisch in Zeiten begonnen als er noch Teil der Rot-Schwarzen Regierung war, wie auch die Chat-Protokolle des Thomas Schmid be-

legen. Das war 2016 und half Kurz sich medial gegen Mitterlehner zu positionieren und den Boulevard-Medien und allen anderen zu signalisieren, wer der kommende Mann und wo zukünftig die finanzielle Musik spielen würde. Dass man einem solchen Mann, wie Thomas Schmid, viel, wenn nicht alles, zu verdanken hat und ihn zuerst auf einen überaus reich dotierten Posten setzt und ihn dann doch fallen lassen muss, ist die Geschichte vom Aufstieg und Fall, wie es das Drehbuch der bürgerlichen Demokratie immer wieder schreibt.

Schlußstein zum Beherrschen der Medienlandschaft ist der ORF, bei dem dieser Tage die „Wahl“ des Generaldirektors ansteht und dessen Berichterstattung dann endgültig dem Türkisen Willen anheim zu fallen droht.

### Normalzustand der Bürgerlichen Demokratie

Alle diese Geschichten rund um die türkise Hybris und deren Machtklüngel seien nichts Neues und bloß auf die Zugriffsmöglichkeiten auf die neuen Kommunikationsmittel zurückzuführen, tönt es vielfach aus den Redaktionsstuben. Tja umso schlimmer, wenn dies der Normalzustand der besten aller demokratischen Welten ist, allerdings muß man zur Ehrrettung des Systems festhalten, dass diese Bande eine besondere Machtversessenheit und Skrupellosigkeit aufbringt und nur mit einigem Glück noch einmal von den Schalthebeln der Macht zu entfernen sein wird.

Der am Anfang erwähnte Artikelschreiber von vor 180 Jahren, Karl Marx, hat die Webfehler der bürgerlichen Demokratie genauestens analysiert und mit ihm können wir enden, wie er den damaligen Artikel beendete, und müssen es gleichzeitig als einen Auftrag zum Ausbruch aus diesem System verstehen:

*„Das neue Parlament fängt so an, wie das alte endete: in greisenhafter Lähmung schon in der Stunde seiner Geburt.“*



# Nur eine sozialistische Antwort kann die Pandemie besiegen!

**Die Zahlen sprechen für sich: Von den derzeit 4.035 Corona-Infizierten in Wien sind 80 Prozent ohne Impfung, 12 Prozent haben bereits beide Teilimpfungen erhalten, also knapp 500 Fälle. (Stand 24.8.21)**

Auch wenn das Infektionsgeschehen in Europa uneinheitlich verläuft können nur Covidioten immer noch leugnen, dass weltweit eine vierte Welle von Coronavirus-Infektionen im Gange ist, und zwar durch die Delta-Variante, die viel ansteckender ist als ihre Vorgänger.

## **E**s geht nur vordergründig um medizinische und hygienische Fragen. Es geht um die Unfähigkeit des Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus, die Pandemie in den Griff zu bekommen.

- Es geht nur vordergründig um medizinische und hygienische Fragen.

- Es geht um die Unfähigkeit des Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus, die Pandemie in den Griff zu bekommen;

- es geht um das Privateigentum an Patenten und an der Impfstoffproduktion: während die Forschung aus öffentlichen Mitteln an Universitäten und staatlichen Forschungseinrichtungen geleistet wurde, eignen sich jetzt Pharmakonzerne die Forschungsergebnisse an und vermarkten die auf dieser Basis gewonnenen Impfstoffe und Medikamente zu ihren Gunsten;

- es geht um die beklagenswerte, wenn nicht gar dramatische Situation der öffentlichen Gesundheitssysteme auf der ganzen Welt - zugunsten der Privatkliniken und der „Zweiklassenmedizin“.

- Es geht um die raffgierige Bourgeoisie, ihre Regierungen und ihre politischen Führer, die sich wie Diebe und Hehler verhalten, wenn es darum geht,

die Interessen ihrer Pharmakonzerne auf Kosten der Weltbevölkerung zu wahren.

„*Es ist ein Mythos, dass die Pharmaindustrie sowohl das finanzielle Risiko als auch die gesamten Forschungs- und Entwicklungskosten trägt*“, sagt die Geschäftsführerin des Austrian Institute for Health Technology Assessment. Die Öffentlichkeit finanziere die präklinische Forschung, die oft – finanziell gesehen – ins Leere läuft: „*Die öffentliche Hand trägt also ein erhebliches Risiko bei der Forschungsfinanzierung.*“

„Big Pharma“ kann jubilieren, die Ge-

winne der Impfstoffhersteller (die sich die Patente angeeignet haben) gehen durch die Decke: Pfizer z. B. rechnet damit, dieses Jahr Impfstoffe für fast 34 Milliarden Dollar zu verkaufen. Bislang ging der Konzern von 26 Milliarden Dollar aus. Für ein einzelnes Arzneimittel wäre das so viel wie nie zuvor, meldet der Schweizer Rundfunk am 29.7.2021.

Für die USA ergibt ein Ranking von Forbes folgende Einzelpersonen als neue Impfstoff-Milliardäre: Stéphane Bancel, CEO von Moderna (4,3 Mrd. USD), Ugur Sahin, CEO und Mitbegründer von BioNTech (4 Mrd. USD), Timothy Springer, ein Immunologe und Gründungsinvestor von Moderna (2,2 Mrd. USD), und Noubar Afeyan, der Vorsitzende von Moderna (1,9 Mrd. USD).

Und je länger die Pandemie anhält, je mehr sie sich ausbreitet und von einem Land zum anderen wandert, desto mehr potenziell ansteckende und gefährliche Varianten, die die Impfstoffbarrieren umgehen können, können sich entwickeln.

Impfungen sind im Imperialismus in erster Linie ein Privileg der Metropolen: In den armen Ländern ist 1 % der Bevölkerung geimpft, während es in den USA 55 % und weltweit etwa 25 % sind. Die Gründe für diese Lücke gehen auf frühe Entscheidungen über die anfängliche Finanzierung und Verteilung der Impfstoffe zurück. Beamte, vor allem aus den USA und Europa, sagten der Associated Press (AP), sie hätten nie daran gedacht, die Situation auf globaler Ebene zu bewältigen. Stattdessen bemühten sie sich um eine Verwendung im Inland. (laminute.info, 18. Juli 2021)

Anne Jung, Gesundheitsreferentin der NGO medico international, schrieb in der deutschsprachigen Zeitschrift der Vereinten Nationen: „*Es sind Deutschland, Europa und mit ihnen fast alle Industrienationen, die durch intransparente Verträge dafür sorgen, dass das Wissen, das in den COVID-19-Impfstoffen steckt, den Pharmaunternehmen gehört, obwohl Milliardenbeträge aus öffentlichen Kassen in die Erforschung und Entwicklung der Impfstoffe geflossen sind. Die Industrienationen haben den Unternehmen vertraglich die Entscheidungsmacht verliehen, wie, wo und in welcher Anzahl die Impfstoffe hergestellt werden und wie viel sie kosten. Die Gesundheitsrisiken wurden vergesellschaftet, die Gewinne privatisiert.*“

*Diese Staaten haben auch entschieden, die bestehende Marktordnung gegen die Gesundheitsbedürfnisse der Menschen und gegen die epidemiologischen Notwendigkeiten der Pandemieeindämmung zu verteidigen, indem sie die Initiative von über 100 Ländern des Globalen Südens zur Aussetzung des Patentrechts bei der Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WTO) torpedieren.“*

Seit Anfang Juli beschleunigte sich weltweit die Verschlechterung der epidemiologischen Situation. In Frankreich stieg die Zahl der neu bestätigten COVID-

19-Fälle weiter an, von 16 669 in Woche 26 auf 27 044 in Woche 27, was einem Anstieg von 62 % entspricht. (Santé publique Frankreich, 16. Juli 2021).

*„Diese Verschlechterung folgt mit einigen Wochen Verspätung auf die Entwicklung der Situation im Vereinigten Königreich, wo trotz einer etwas höheren Impfquote - 74,3 % bei einer Dosis und 57,9 % bei zwei Dosen am 18. Juli mit dem Impfstoff von Astra Zeneca, der gegen die Delta-Variante etwas weniger wirksam ist - die Zahl der täglichen Kontaminationen inzwischen 50.000 Fälle übersteigt! Nach dem pessimistischen Szenario des Pasteur-Instituts vom 12. Juli, das sich auf die zwischen dem 15. Juni und dem 5. Juli erhobenen Daten stützt, könnte die Zahl der täglichen Kontaminationen in Frankreich bis zum 1. August 40.000 erreichen, und das Ausmaß der Welle könnte die früheren übertreffen. Die neue Pandemiewelle betrifft jedoch in erster Linie ungeimpfte Personen, während nur ein sehr geringer Teil der bereits Geimpften betroffen ist, mit weniger schwerwiegenden Folgen“*, schreiben unsere französischen Genoss\*innen der Groupe Marxiste Internationaliste in ihrer Zeitung.

Mittlerweile kann man davon ausgehen, dass beim heutigen Wissensstand Impfungen die beste wissenschaftliche Antwort auf COVID-19 sind. Nach der Verabreichung von mehr als 3,5 Milliarden Impfstoffdosen in der ganzen Welt, vor allem in den reichen Ländern, wissen wir, dass Impfstoffe statistisch gesehen nur sehr wenige problematische Nebenwirkungen verursachen, dass sie sehr wirksam sind, wenn es sich um RNA-Impfstoffe handelt, und dass sie ausreichend wirksam sind, wenn es sich um Adenovirus-Impfstoffe handelt, um eine Ansteckung zu vermeiden, die Entwicklung einer schweren Form der Krankheit zu verhindern und die mögliche Ansteckungsgefahr für die geimpfte Person erheblich einzuschränken. Da die verschiedenen Impfstoffe erst ab Ende 2020 schrittweise eingeführt wurden, gibt es offensichtlich keine wissenschaftlichen Studien, die mögliche gefährliche Langzeitnebenwirkungen analysieren. Aber welches Gewicht hat das Vorsorgeprinzip in diesem Fall, um sich gegen ein mögliches fernes Risiko zu schützen, wenn wir mit Sicherheit wissen, dass das Virus in etwas mehr als anderthalb Jahren bereits offiziell mehr als vier Millio-

nen Menschen in der Welt getötet hat (wahrscheinlich viel mehr, weil viele Länder die Zahl der Opfer bewusst herunterspielen), schreiben die Genoss\*innen der GMI weiter. Wir teilen diese Meinung und die Schlussfolgerung daraus: Natürlich hat grundsätzlich jeder das Recht zu entscheiden, ob er eine bestimmte medizinische Behandlung in Anspruch nehmen möchte oder nicht. Aber im Falle einer Pandemie geht es nicht mehr um eine Entscheidung oder persönliche Bequemlichkeit, sondern um das kollektive Schicksal von Millionen von Menschen. Eine obligatorische Impfung für alle ist daher die vernünftigste Option.

Die Regierung Kurz/Kogler zeigt auch in der Impffrage, dass ihr die Gesundheit der Mehrheit der Bevölkerung – der Lohnabhängigen, der prekär Beschäftigten, des Kleinbürgertums, der Jugendlichen und Kinder – herzlich egal ist. Statt Massenimpfungen werden immer kompliziertere und noch dazu regional unterschiedliche Regeln aufgestellt, die

theorien, die sich faschistische und klerikale Kräfte zunutze machen. Kein Wunder, dass neben diversen rechtsgewirkten „Bürger\*inneninitiativen“ die FPÖ und die mit ihnen verbündeten Identitären plötzlich zu wahren „Freiheitskämpfer\*innen“ mutieren. Ihre Freiheit ist nicht unsere. Ihre Freiheit ist die des egoistischen, unsolidarischen Einzelindividuums, das sich nicht einmal ansatzweise vorstellen kann, dass man grundlegende Probleme gemeinsam lösen kann und lösen muss. Aber eines ist klar: Kein Mensch hat die „Freiheit“, das Leben anderer Menschen durch Infektion in Gefahr zu bringen. Und ihre Freiheit ist vor allem die Freiheit des Kapitals.

Die Tatsache, dass in fast allen kapitalistischen Ländern die herrschende Klasse und ihr politischer Arm – die Regierungen – die Pandemie ausgenutzt haben, um die politischen Freiheiten einzuschränken und ganz offen den Ausnahmezustand zu üben ist offensichtlich.

## **D**ie durch die Corona-Pandemie aufgetretene komplexe Krisensituation hat auch Teile der sogenannten „Linken“ erfasst, die mit Sack und Pack ins Lager des Obskurantismus abgedriftet sind.

angeblich eine weitere Verbreitung der Pandemie zumindest begrenzen sollen.

Statt Massenimpfungen zu organisieren (was unter anderem voraussetzen würde, die heilige „Erwerbsfreiheit“ der Pharmakonzerne zu beseitigen), wird ein „Grüner Pass“ eingeführt und staatliche Kontrollaufgaben an Private delegiert – Gastronom\*innen, kleine Handelstreibende, Kulturschaffende. Für Sebastian Kurz ist die Zeit gekommen, dass endlich wieder mehr Privat im Gesundheitsbereich zum Zug kommt. *„Der Staat hat die letzten eineinhalb Jahre massiv in das Leben jedes Einzelnen eingegriffen, er muss sich jetzt wieder auf seine Kernaufgaben zurückziehen.“* Impfen? Privatsache. So einfach ist das.

Gleichzeitig blühen obskurantistische Impfgegner\*innen und Coronaleugner\*innen auf. Dahinter steckt ein wahrer Sturmangriff auf die Wissenschaften, nicht nur die Medizin. Das Leugnen von Fakten ist die Basis für Verschwörungs-

Dagegen haben auch wir vom ersten Tag der Pandemie an angekämpft. Was wir aber nicht vermengt haben war die Notwendigkeit bestimmter Maßnahmen zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung mit den unzulänglichen und falschen Methoden des bürgerlichen Staates.

Die durch die Corona-Pandemie aufgetretene komplexe Krisensituation hat auch Teile der sogenannten „Linken“ erfasst, die mit Sack und Pack ins Lager des Obskurantismus abgedriftet sind. Wie immer hat hier die sogenannte „Revolutionär Kommunistische Organisation Befreiung“ rund um ihren Guru Michael Pröbsting eine Vorreiterrolle gespielt, die sich im Namen des Kampfs gegen die „Coronadiktatur“ die Positionen zwielichtiger evangelikaler und reaktionärer Thinktanks („Great Barrington Declaration“) zu eigen gemacht hat und die Segnungen der Herdenimmunisierung predigt. Die maostalinistische „Antifaschistische Aktion“ hat sich nicht entblödet, mit dem Transparent

„Volkswiderstand“ bei der von der FPÖ mitgetragenen Coronaleugner-Demo AM 15. Mai gleich neben den Identitären zu marschieren.

Auch wenn wir anerkennen, dass es tatsächlich auf Grund der kontroversiellen Aussagen der Regierung ernsthaft verunsicherte Menschen gibt, die sich als Form eines blinden Protests diesen Demonstrationen angeschlossen haben – sich an die rückständigsten Vorurteile anzupassen ist niemals ein Weg, der vorwärts führt.

Es ist immer noch notwendig, die Ar-

beiterklasse und die Jugend auf einer klaren Grundlage zu organisieren:

Die Pandemie kann nur durch die vollständige Impfung der Bevölkerung überall auf der Welt besiegt werden. Dies erfordert die Enteignung der Pharmakonzerne, die globale Planung der Produktion der wirksamsten Impfstoffe - wissenschaftliche Zusammenarbeit statt Wettbewerb und Profitgier, die Einstellung von Gesundheitspersonal und die Schaffung einer entsprechenden medizinischen Infrastruktur, bezahlt aus den Gewinnen der kapitalistischen Konzerne.

Eine Arbeiter\*innenregierung, die von den in den Räten organisierten Lohnabhängigen unterstützt wird, würde den Angriffen auf die öffentliche Gesundheit und das Personal in diesem Bereich sofort ein Ende setzen und den besten Zugang zur Gesundheitsversorgung gewährleisten. Nur sie hätte die Legitimität, gegen Obstruktivismus, rückständige Überzeugungen und Vorurteile zu kämpfen und die allgemeine Impfung zu einer reinen Formalität zu machen.



**Soeben erschienen:**

**Das Programm der Gruppe KLASSENKAMPF**

Ende 2019 fand die zweite ordentliche Konferenz der Gruppe KLASSENKAMPF (Sektion des CoReP) statt. Auf dieser Konferenz wurde das nun in gedruckter Form vorliegende Programm beschlossen.

Drei Monate nach dieser Konferenz brach die Corona-Pandemie mit voller Wucht über die arbeitende Bevölkerung, die lernende Jugend und die Arbeitslosen herein. Wir konnten diese Krise nicht vorhersagen. Sie hat nichts an der Gültigkeit unseres Programms geändert.

*Der Sozialismus, für den wir kämpfen | 96 Seiten | Preis: 10,-- €*



**Die Gruppe KLASSENKAMPF im Internet:  
www.klassenkampf.net**

**Kontakt:  
gruppeklassenkampf@tutanota.com**

IMPRESSUM:  
Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck: Gruppe Klassenkampf. Druckort: Wien. Offenlegung nach §25 Mediengesetz: 100%-Eigentümer der periodischen Druckschrift KLASSENKAMPF ist die im Parteienverzeichnis registrierte politische Partei GRUPPE KLASSENKAMPF (früher: Trotzistische Gruppe Österreichs/TGO). Die Partei ist an keinen anderen Medienunternehmen finanziell beteiligt.

# Unruhen in Südafrika: ANC tief gespalten

**Z**wischen dem 7. und 12. Juli kam es in Südafrika zu gewalttätigen Ausschreitungen, nachdem der ehemalige Präsident Jacob Zuma (zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten von 2009 bis 2017) zur Verbüßung einer 15-monatigen Haftstrafe festgenommen worden war. Zuma wurde am 29. Juni vom Verfassungsgericht verurteilt, weil er sich geweigert hatte, zu einer gerichtlichen Untersuchung über Korruption während seiner Präsidentschaft zu erscheinen (2005 wurde Zuma auch wegen Vergewaltigung angeklagt).

Innerhalb von fünf Tagen wurden 1.200 Geschäfte, 1.400 Geldautomaten und 200 Einkaufszentren in Großstädten wie Durban, Johannesburg und Pretoria geplündert. Die Plünderer, die zum Teil mit Gewehren und Molotowcocktails bewaffnet waren, erbeuteten Kleidung, Lebensmittel und Elektrogeräte. Die überforderten Polizeikräfte sahen oft nur tatenlos zu. Die Hauptverkehrsader des Landes, die die beiden bevölkerungsreichsten Provinzen KwaZulu Natal und Gauteng verbindet, musste gesperrt werden, nachdem Lastwagen in Brand gesetzt worden waren. Die Telekommunikationsinfrastruktur wurde angegriffen, ebenso wie Industrieanlagen. Das führte zur Schließung der wichtigsten Raffinerie des Landes und des Hafens von Durban, dem größten in Subsahara-Afrika. Vor Tankstellen und Geschäften in Durban und Johannesburg bildeten sich lange Schlangen. Schlägertrupps blockierten sogar Straßen, damit Gesundheitspersonal und Ärzte nicht mehr zu den Krankenhäusern gelangen konnten, sie griffen Krankenwagen an und störten die Impfstoffverteilung, als die Bevölkerung von einer dritten Welle der Covid-19-Pandemie heimgesucht wurde.

Die Zahl der Todesopfer lag Mitte Juli bei 337, darunter viele Menschen, die in den chaotischen Szenen oder bei Zusam-

menstößen zu Tode getrampelt oder von Sicherheitskräften oder Bürgerwehren erschossen wurden. Diese Periode der Unruhen folgt auf wiederholte Pogrome gegen Arbeitsmigrant\*innen aus Bangladesch, Somalia, Äthiopien usw.

## Eine Abrechnung zwischen ANC-Geschäftsleuten

Es ist nicht zu unterschätzen, dass die Unruhen vor allem die Provinz KwaZulu-Natal, die Hochburg des Zuma-Clans, betroffen haben. Jacob Zuma, 79, ist ein Veteran des alten bürgerlich-nationalistischen Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), der seit 1992 zusammen mit der Kommunistischen Partei (SACP) und dem größten Gewerkschaftsverband (COSATU) an der Macht ist. In der Zeit der Apartheid war Zuma auch ein Führer der stalinistischen SACP.

Das Prestige des ANC zersetzte sich allmählich, so dass 2018 eine ANC-Clique um Cyril Ramaphosa Zuma opferte. Ramaphosa spielte die Anti-Korruptions-Karte aus, um ihn zu ersetzen.

Laut dem State Capture Report (2016) soll Zuma über mehrere Jahre hinweg 30 Milliarden Euro (insgesamt 10 % des BIP) eingesackt haben. Dieses Dokument belegt den Einfluss der Gupta-Familie, eines Industriekonglomerats indischer Herkunft, das von einem der Söhne des Präsidenten unterstützt wird, bei der Vergabe lukrativer öffentlicher Aufträge (u. a. an den französischen Konzern Thales). Seine Familie und seine Unterstützer verbreiteten Lügen über die Gründe für seine Verhaftung und bezeichneten die Unruhen als "Volkszorn". Sein Sohn Edward warnte, „der Boden werde blutgetränkt sein“, wenn sein Vater ins Gefängnis komme.

Im Jahr 2011 hatte Zuma bereits zwei Minister „aus ethischen Gründen“ entlas-

sen. Im Mai 2021 entfernte Ramaphosa in ähnlicher Weise Ace Magashule, der Parteisekretär war, nachdem er 2020 wegen Korruptionsvorwürfen während seiner Amtszeit als Premierminister der Provinz Free State verhaftet worden war.

Ramaphosa ist nicht besser als Zuma. Nachdem er als Aktionär u. a. der Lonmin-Minen in Marikana schnell zum Multimillionär geworden war, forderte er 2012 die Behörden auf, gegen streikende Bergarbeiter einzuschreiten. Dies gab den Sicherheitskräften grünes Licht, auf die Streikenden zu schießen, wobei 34 Menschen getötet und 78 weitere verletzt wurden.

Zuma hat immer noch starken Rückhalt im Staatsapparat und in der Mehrheitspartei. Viele seiner von ihm eingesetzten Unterstützer bekleiden noch immer Ämter, insbesondere in seiner Heimatprovinz. Diese Clique sieht in ihm ihre beste Chance, sich zu bereichern.

Ramaphosa sagte am 13. Juli: "Lassen Sie es mich klar sagen: Wir werden Maßnahmen ergreifen, um jede einzelne Person in diesem Land vor der Bedrohung durch Gewalt, Einschüchterung, Diebstahl und Plünderung zu schützen". Das bedeutet, dass die Armee das Großkapital und die südafrikanische Bourgeoisie vor den wütenden Massen schützen wird. Er hat die Armee (25.000 Soldaten) zur Unterstützung der Polizei eingesetzt. Die Priorität der Regierung Ramaphosa bestand darin, die Ordnung wiederherzustellen, um einen durch die Pandemie geschwächten Kapitalismus wiederzubeleben, und kündigte "Strukturenreformen" zur Ankurbelung des Wachstums an.

Die Bourgeoisie und die oberen Schichten des Kleinbürgertums warteten nicht auf die öffentlichen Kräfte, um sich zu schützen. In einem Luxusresort in Durban wurden alle Zufahrten von bewaffne-

ten Bewohnern blockiert. Das Land verfügt über eine große Anzahl privater Sicherheitsunternehmen, die zwei- bis dreimal so viele Wachleute beschäftigen wie es Polizisten gibt, Milizen, die in den vornehmen Vororten patrouillieren und die Hauptsitze der kapitalistischen Unternehmen verteidigen.

## Die gemeinsame Bilanz aller Cliques in ANC und SACP

Die Unruhen wurden durch die wirtschaftliche und soziale Lage und die Existenz vieler unterdrückter Menschen angefacht. Südafrika ist einer der Staaten der Welt mit den Höchstzahlen bei Kriminalität (Mord, Vergewaltigung usw.). Ein Grund für die momentane relative Ruhe ist, dass Zuma das Gefängnis verlassen hat und ins Krankenhaus kommt. Doch die ANC-Clans und die bürgerlichen Oppositionsparteien (DA, EFF usw.) wetteifern angesichts der katastrophalen gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lage weiterhin in ihrer Demagogie.

Von 1989 bis 1994 wurde der bürgerliche Staat während des Übergangsprozesses auf Betreiben des US-Imperialismus und der UdSSR-Bürokratie geschützt, indem Druck auf die regierende NP und den damals illegalen ANC ausgeübt wurde, während die Globalisierung der Produktion das autarke Regime in Frage stellte und die schwarze Arbeiterklasse dazu tendierte, die Führung im Kampf gegen koloniale und rassistische Unterdrückung zu übernehmen.

Dafür wurde Mandela von den bürgerlichen Medien gefeiert und mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Der ANC wurde dann von allen sozialdemokratischen und stalinistischen Parteien (pro-Moskau oder pro-Peking) gelobt, eine ganze Reihe revisionistischer trotzkistischer Organisationen tat es ihnen gleich. Aber es war der ANC mit seiner Politik der Annäherung an die weiße rassistische Bourgeoisie hinter dem Mythos der Regenbogennation, der die südafrikanischen Bourgeoisie rettete, selbst wenn sie gezwungen war, die Apartheid aufzugeben und große demokratische Zugeständnisse zu machen. In der Tat war das Ziel der ANC-Führung nie eine Arbeit

ter\*innenregierung, sondern die Übernahme eines entscheidenden Anteils am südafrikanischen Kapitalismus.

Seit 1994 hat das Dreierbündnis ANC-SACP-COSATU den südafrikanischen Kapitalismus verteidigt. Der einzige soziale Wandel bestand in der Integration einer Schicht von Politikern und Gewerkschaftsführern in die Bourgeoisie. Im Jahr 2005 fusionierte der ANC sogar mit der NP (der ehemaligen Apartheidspartei).

Das Land gehört zu den ungleichsten der Welt: 1% der Bevölkerung verfügt über 40,8% des nationalen Vermögens (Credit Suisse, Global Wealth Report, Juni 2021). Der öffentliche Gesundheitssektor deckt die Versorgung von 84 % der Bevölkerung ab, beschäftigt aber nur 30 % der Ärzte des Landes, während der private Sektor, der die restlichen 16 % der Bevölkerung versorgt, 70 % der Ärzte beschäftigt (Oxfam, The Inequality Virus, Januar 2021).

Die Wirtschaftskrise wurde durch die Covid-19-Pandemie noch verschärft. Bis 2020 ist das BIP um 17 % gesunken, und die Lockdowns haben zu mehr Prekarität und Elend geführt. Die Erholung im Jahr 2021 reicht bisher nicht aus, um Produktion und Beschäftigung wieder auf das frühere Niveau zu heben. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 7,2 Millionen Arbeiter\*innen bzw. 32 % der Erwerbsbevölkerung (Stats SA, Quarterly Labour Force Survey, 1. Juni 2021).

Offiziell sind 65.000 der 60 Millionen Einwohner an der Krankheit gestorben, obwohl die Zahlen der Übersterblichkeit darauf hindeuten, dass weitere 100.000 oder mehr Menschen direkt oder indirekt an den Folgen der Pandemie gestorben sind. Im Jahr 2020 wurden mehr als 2 Millionen Arbeitsplätze vernichtet.

In einigen Gebieten steht der Mangel an Lebensmitteln, Wasser und Strom auf der Tagesordnung, und die Lebensmittelpreise sind zusammen mit der Arbeitslosigkeit gestiegen. Der Staat gibt den Ärmsten ein Almosen von 350 Rand pro Monat (das entspricht 20 Euro pro Monat, während die Armutsgrenze bei 35 Euro liegt).

## Für einen Bruch mit der Bourgeoisie, für eine Arbeiter\*innen- und Bauernregierung

Die südafrikanischen Arbeiter, ob schwarz, weiß, gemischtrassig oder indisch, haben nichts von den Rivalitäten und leeren Versprechungen der einen oder anderen Fraktion des ANC oder der anderen bürgerlichen Parteien (DA, EFF) zu erwarten, die alle im Rahmen der Aufrechterhaltung des südafrikanischen Kapitalismus stehen. Die Organisationen, die links von der SACP entstanden sind (WASP, SRWP), führen mangels eines wirklich proletarischen Programms ein Schattendasein.

Die Arbeiter müssen fordern, dass die Gewerkschaften (COSATU, SAFTU...) und die bestehende Massenpartei (SACP) mit dem bürgerlichen Staat und dem ANC brechen. Ihre Avantgarde muss eine Arbeiterpartei bolschewistischen Typs gründen, um einen revolutionären und internationalistischen Kurs einzuschlagen.

- Einheitsfront für kostenlose und flächendeckende Impfungen, Enteignung der Pharmakonzerne und Privatkliniken, massive Mittel für öffentliche Krankenhäuser!

- Arbeiter\*inneneinheitsfront für die Aufteilung der Arbeit auf alle und für Lohnerhöhungen mit einem Minimum von 12.500 R pro Monat!

- Arbeiter\*inneneinheitsfront zur Selbstverteidigung bei Streiks und Demonstrationen, gegen die Armee, die Polizei, private Milizen und faschistische Banden.

Auf diese Weise wird die Arbeiterklasse in der Lage sein, wirksam gegen die Ausbeuter aller Hautfarben zu kämpfen, die Macht zu übernehmen, die permanente Revolution in ganz Afrika voranzutreiben und den Weg für die Sozialistischen Vereinigten Staaten von Afrika auf dem gesamten Kontinent zu ebnen.

9. August 2021

[Quelle: Groupe Marxiste  
Internationaliste]



# Schluss mit den Massakern an Palästinensern!

## Boykott von Waffenlieferungen an Israel!

**D**er Staat Israel ist auf der Grundlage der gewaltsamen Enteignung der Araber Palästinas errichtet worden. Begründet wurde die Staatsgründung mit der versuchten Ausrottung der Juden in Europa durch das Nazi-Regime in Deutschland. Der Zionismus wurde damals vom britischen, US-amerikanischen, französischen und deutschen Imperialismus sowie von der Bürokratie der ehemaligen UdSSR unterstützt. Israels koloniale Natur erklärt, warum sich sein politisches Leben von Arbeiterparteiideologie und Säkularismus der frühen Tage zum Rassismus und Klerikalismus von heute gewandelt hat. Seine koloniale Natur erklärt, warum Israel seine eigenen arabischen Bürger (20% der Bevölkerung mit 2% des Landesbesitzes) diskriminiert. Seine koloniale Natur erklärt, warum Israel seine Expansion in Jerusalem und der Westbank fortsetzt. Seine koloniale Natur erklärt, warum Israel militärisch in Syrien interveniert, sich an Bombardierungen im Iran beteiligt und periodisch den Gazastreifen zerstört (2008, 2012, 2014, 2021).

Trotz der Anerkennung Israels im Jahr 2020 durch die despotischen Regime von Bahrain, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Marokko, Sudan und trotz der internationalen Kampagne in den westlichen imperialistischen Ländern, jede Kritik an Israel mit Antisemitismus gleichzusetzen, bleibt der Zionismus untrennbar mit der nationalen Unterdrückung der Palästinenser verbunden. Die israelische Regierung ist eindeutig jüdisch, der Armeestab ist jüdisch, die Polizei ist jüdisch, die Gerichte sind jüdisch, die Gesetze sind zionistisch. Nur die Gefangenen sind Palästinenser. Das ist so tiefgehend, dass zwei Menschenrechtsorganisationen das System Israels kürzlich als "Apartheid" bezeichnet haben, Betsalem/Israel am 12. Januar 2021 und Human Rights Watch/USA am 27. April 2021.

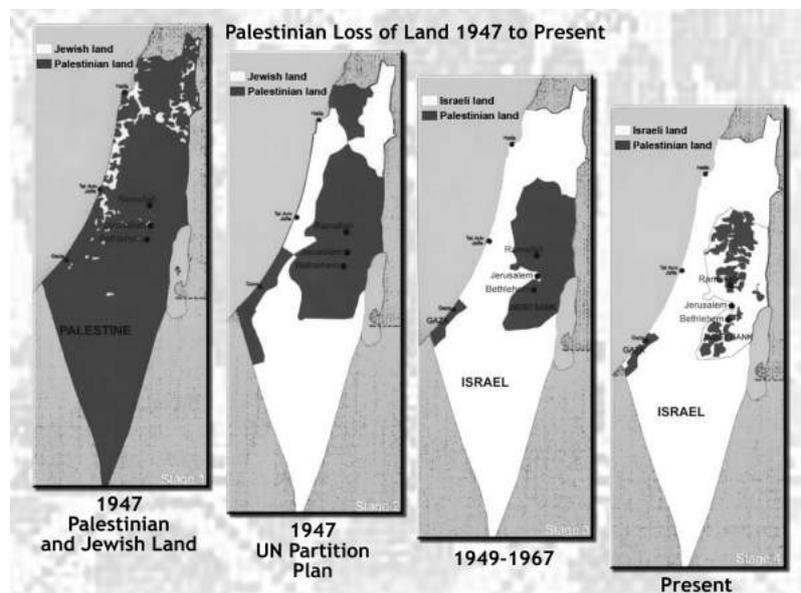
Zu diesem Zeitpunkt befand sich die israelische Regierung von Benyamin Netanyahu (Likud), die seit 2009 an der Macht

ist, in der Schwebe: Die Parlamentswahlen im März 2021, die dritten in zwei Jahren, haben ihm immer noch keine parlamentarische Mehrheit gesichert, während er wegen mehrerer Angelegenheiten strafrechtlich verfolgt wird. Er sucht Verbündete bis hinein in den faschistischen Flügel des Zionismus (Tkuma, Otzma Yehudit, Noam), den er selbst in einem Wahlbündnis gesammelt hat. Bei den letzten israelischen Wahlen brach die islamistische Partei (Ra'am) ihr Bündnis mit den Überbleibseln des panarabischen bürgerlichen Nationalismus (Ta'al, Balad) und des Stalinismus (Hadash), die weiterhin gemeinsam antraten. Netanyahu hatte bis zum 4. Mai Zeit, eine Mehrheit in der Knesset zu erreichen. Mansour Abbas, der Führer von Ra'am, erklärte sich bereit, über seine mögliche Unterstützung zu verhandeln.

Was vom ehemaligen Palästina übrig geblieben ist, die "palästinensischen Gebiete", sind nur Bantustans, die 1993 von Israel (und von Jordanien) zugestanden wurden. Außerdem sind sie geografisch und politisch zersplittert. Das Westjordanland (2,8 Millionen Araber) wird durch die fortschreitende zionistische Kolonisierung (500 000 Juden) weggenagt. Es bleibt unter

der Kontrolle der Fatah, der alten bürgerlich-nationalistischen Partei, die durch ihre Kapitulation vor den USA und ihre enge Zusammenarbeit mit Israel diskreditiert ist. Mahmoud Abbas ist im Westjordanland seit 2005 im Amt. Der Gazastreifen ist ein gigantisches Auffanglager, das wirtschaftlich von internationaler Hilfe abhängig ist. Er ist unter die Kontrolle der Hamas geraten, einer bürgerlich-islamistischen Partei, die ursprünglich von Israel toleriert wurde, um die

Fatah zu schwächen. Yahia Sinouar, seit 2017 für den Gazastreifen zuständig, hatte via Ägypten und Katar einen vor der Bevölkerung sorgfältig geheimgehaltenen Kompromiss mit Israel geschlossen, im Gegenzug dafür, dass die Hamas und ihr Rivale Dschihad aufhören, Brandballons zu starten und Raketen auf Israel abzufeuern. Habbas und Sinouar hatten allgemeine Wahlen im September 2020 angekündigt (Legislativwahlen im Mai, Präsidentschaftswahlen im Juli ohne einen islamistischen Kandida-



ten). Die Mobilisierung der Araber von Jerusalem hat dieses prekäre Gleichgewicht gestört.

Jerusalem, eine Stadt, in der sich heilige Stätten der jüdischen, christlichen und muslimischen Religion konzentrieren, wurde 1948 zwischen Israel und Jordanien aufgeteilt. Im Jahr 1967 eroberte Israel den östlichen Teil. Die Erben jener Juden, die vor der ethnischen Säuberung von 1948 im Ostteil der Stadt lebten, behalten ihre Eigentumsrechte, während die Araber, die im Westen lebten und vor den zionistischen Terrororganisationen (Haganah, Lehi-Stern, Irgun) geflohen sind, diese endgültig verloren haben: Seit 1980 wurde den Arabern fast ein Drittel der Fläche Ostjerusalems genommen. Außerdem haben die Araber des östlichen Teils, der 1980 an Israel angegliedert wurde, keine israelische Staatsbürgerschaft. Sie haben einen "Residenten"-Status, der ihnen bei Abwesenheit entzogen werden kann und der ihren Ehepartnern nicht gewährt wird: Seit 1980 wurde 14.700 Arabern der Status entzogen. Der Staat und der faschistoide Bürgermeister König (Likud) haben den Ostteil der Stadt durch eine Mauer vom Westjordanland abgeschnitten und elf neue, ausschließlich jüdische Viertel gebaut. Seit 1972 haben sich mehr als 200.000 Juden im Ostteil der Stadt niedergelassen. Die Situation dort war angespannt. Netanyahu hat die Explosion ausgelöst.

Zur Eröffnung des Ramadan am 12. April errichtete die israelische Grenzpolizei Barrieren, um Muslime (alle Araber, auch wenn nicht alle Araber Muslime sind) am Betreten des Damaskustor-Platzes zu hindern. Es ist die einzige öffentliche Fläche, zu der sie Zugang haben. Am 22. April wehrten sich arabische Jugendliche in Jerusalem siegreich gegen jüdische Faschisten aus Lehava, die kamen, um Araber in ihren Vierteln anzugreifen. Am 25. hob die Polizei die Absperrungen auf, besprühte aber arabische Versammlungen mit Skunk ("Stinktiersaft"), einer übel riechenden Flüssigkeit (eine „nichtzerstörerische Waffe“, die im Kibbutz Beit-Alpha hergestellt wird), deren Gestank monatelang anhält, Übelkeit hervorruft und dazu zwingt, die damit verschmutzte Kleidung wegzwerfen. Zur gleichen Zeit erfuhren mehrere arabische Familien im Stadtteil Sheikh Jarrah im Osten Jerusalems, dass sie aus Häusern, die 1956 zugunsten jüdischer Siedler gebaut worden waren, vertrieben werden sollten. Am 4. Mai stürmte die Militärpolizei zu Pferd auf protestierende Demonstranten in der Nachbarschaft zu, schlug sie und übergoss sie mit Skunk. Am 7. Mai griff die Armee die Al-Aqsa-Moschee an, wobei 200 Menschen verletzt wurden. Soldaten feuerten gummiummantelte Metallgeschosse, Blendgranaten und Tränengas auf Gläubige und Journalisten in der Gebetshalle. Israelische Araber haben Demonstrationen zur Unterstützung der Palästinenser in Jerusalem veranstaltet.

Am 29. April verschob Abbas die Wahlen unter dem Vorwand, dass Israel sich weigere, die Palästinenser in Ost-Jerusalem wählen zu lassen, wie bei früheren Wahlen in den Palästinensergebieten. Am 5. Mai beauftragte der israelische Präsident Yair Lapid (Yesh Atid Partei) mit dem Versuch einer Regierungsbildung. Am 8. Mai ging die Polizei gegen die arabischen Demonstranten vor, wobei es 100 Verletzte gab. Am 10. Mai hat der militärische Flügel der Hamas eine erste Salve von Dutzenden von Raketen auf Israel abgefeuert und später die An-

griffe fortgesetzt. Die meisten (90 Prozent) werden durch das „defensive Erkennungs- und Täuschungssystem Israels ("Iron Dome") gestoppt.

Am 10. Mai griffen israelische Spezialeinheiten erneut die Al-Aqsa-Moschee an und verletzten 215 Menschen. Faschisten ermordeten einen Araber in Lod in Zentralisrael. Am selben Tag begannen die israelische Armee und die Luftwaffe mit der Bombardierung des Gazastreifens. Israel hat sich keine konkreten Ziele gesetzt. Der Verteidigungsminister sagte: "Wir haben noch viele Ziele im Visier, das ist erst der Anfang" (Benny Gantz, 11. Mai). Manchmal warnte der israelische Generalstab die Einwohner vor den Zielen, manchmal nicht. Auf jeden Fall gibt es nichts, was den Gazastreifen vor Granaten und Raketen schützt, die furchtbarer sind als die Brandballons und Raketen der Hamas. Die zionistische Armee hat die Hochhäuser systematisch zerstört, angefangen mit den Gebäuden, in denen die Journalisten untergebracht waren, den Verwaltungseinrichtungen, den Straßen und den wenigen Fabriken. Am 12. Mai verhängte Netanyahu den Ausnahmezustand in Lod. Am 13. Mai griffen rassistische Milizen Araber an, von denen einer in der Nähe von Tel Aviv unter Komplizenschaft der Polizei gelyncht wurde. Das palästinensische Hohe Überwachungskomitee, die arabischen Abgeordneten der Knesset und die Fatah riefen zu einem "Generalstreik" auf, an dem sich palästinensische Unternehmer, Ladenbesitzer und Lohnabhängige beteiligten und der am 18. Mai in Israel und im Westjordanland sehr gut befolgt wurde.

UN-Generalsekretär António Guterres sagte am 11. Mai: "Die israelischen Sicherheitskräfte müssen maximale Zurückhaltung üben und ihre Gewaltanwendung gut dosieren. Der wahllose Abschuss von Raketen und Mörsern auf israelische Bevölkerungszentren ist inakzeptabel. Dieses

Urteil - streng gegenüber der Regierung von Gaza, nachsichtig gegenüber der von Israel - beruht auf einer falschen Darstellung der Fakten.

Es ist ein völlig ungleicher Kampf, ein asymmetrischer Krieg. Nach einer Woche gab es 12 Tote in Israel (9,3 Millionen Einwohner) und mindestens 217 Tote, darunter viele Kinder, im Gaza-Streifen (2 Millionen). Ganz zu schweigen von den Ermordeten im Westjordanland, wo die Armee mit scharfer Munition auf mit Steinschleudern bewaffnete Demonstranten schießt.

Die Regierung der Demokratischen Partei der USA hat die US-Botschaft in Jerusalem beibehalten. Berichten zufolge genehmigte sie im April einen Waffenverkauf im Wert von mehr als 700 Millionen Dollar (Washington Post, 17. Mai 2021). Dreimal hat die US-Regierung eine Resolution im UN-Sicherheitsrat verhindert, die einfach nur ein Ende der Gewalt forderte. Am 13. Mai rief Biden Netanyahu (aber nicht Sinouar) an und erklärte dann: "Israel hat das Recht, sich zu verteidigen. Die französische Regierung hat die Demonstration zur Unterstützung der Palästinenser am 15. Mai in Paris verboten. Der österreichische extrem reaktionäre Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP in Koalition mit den Grünen) ließ am Bundeskanzleramt und am Außenministerium in Wien die israelische Flagge als "Zeichen der Solidarität" mit der Politik Israels hissen.

Die internationale Arbeiterbewegung kann die Unterdrücker und die Unterdrückten, einen überbewaffneten Kolonialstaat



und eine unbewaffnete Bevölkerung nicht gleichsetzen. Bewusste Arbeiter können weder den mit Israel verbündeten Staaten noch dem UN-Sicherheitsrat vertrauen. Das Schicksal der Palästinenser kann nicht von der UNO abhängen, die die Maschade der Osloer Abkommen vertuscht hat, indem sie immer wieder Massaker und Kolonisierung zuließ, während sie bestenfalls die abstoßendsten Aspekte davon durch Resolutionen ohne jegliche Konsequenzen verurteilte.

Das Schicksal der Palästinenser kann nicht von den arabischen Bourgeoisien und Monarchien abhängen, ob diese nun sagen, dass sie die palästinensische Sache unterstützen, nur um ihr eigenes Volk nicht zu verprellen, oder ob sie die Palästinenser zugunsten wirtschaftlicher, diplomatischer und militärischer Beziehungen zu Israel aufgeben. Der ägyptische Diktator Sissi oder das algerische Regime, das von den Demonstranten am Hirak-Platz gehasst wird, sind ebenso wenig Stützen für das palästinensische Volk wie der König von Marokko oder der Kronprinz von Abu Dhabi. Die Palästinenser haben das Recht, sich zu verteidigen. Sie können sich nur auf die weltweite Solidarität der Arbeiter verlassen, um Widerstand zu leisten.

Die Arbeiterorganisationen müssen überall die Palästinenser in den Parlamenten, in den Rathäusern, durch ihre Kommunikationsmittel, auf den Straßen, aber auch in den Häfen und Flughäfen unterstützen. Am 14. Mai protestierten Hafearbeiter in Livorno (Italien) gegen eine Lieferung von Waffen und Sprengstoff, nachdem sie entdeckt hatten, dass diese für den israelischen Hafen Ashdod bestimmt war. Von Israel exportierte Waffen werden an Arabern getestet, von Israel importierte Waf-

fen werden benutzt, um Araber zu terrorisieren und zu massakrieren. Die Transportarbeitergewerkschaften aller Länder müssen sich weigern, Waffen nach oder aus Israel zu liefern (das 16. größte Militärbudget der Welt für die 98. größte Bevölkerung der Welt). Die Beschäftigten im Bankwesen und in der Telekommunikation müssen den zionistischen Krieg ebenfalls behindern.

Die Zerstörung der Mauer, die Gleichberechtigung zwischen Juden und Arabern und das Rückkehrrecht für Millionen von Flüchtlingen können nicht durch die Aufrechterhaltung eines Kolonialstaates erreicht werden. Eine demokratische Lösung erfordert die Zerschlagung des zionistischen, klerikalen und rassistischen, kriegstreiberischen Staates, der das Instrument der alten imperialistischen Mächte im Nahen Osten ist. Nur die Arbeiterklasse, vereint in einer neuen kommunistischen Internationale, wird in der Lage sein, ein demokratisches, säkulares und multiethnisches Palästina zu errichten, in dem Muslime, Israelis, Christen und Atheisten zusammenleben können... Ein solches Palästina wird nur durch die Ausweitung der sozialistischen Revolution, die Abschaffung der von der Kolonisation geerbten Grenzen und die Errichtung der Sozialistischen Föderation des Nahen Ostens lebensfähig sein.

19. Mai 2019

**Kollektiv Permanente Revolution (CoReP)**  
(Frankreich, Österreich, Spanischer Staat, Türkei) ★

## Solidaritätserklärung mit der PST

Zwei Parteien der demokratischen Bewegung – die Union für Wandel und Fortschritt (UCP) und die Sozialistische Arbeiterpartei (PST) – sind vom Verbot bedroht. Das Innenministerium hat rechtliche Schritte gegen die Gremien dieser Parteien eingeleitet, die Teil des Paktes für eine demokratische Alternative (PAD) sind, zu dem auch andere politische Gruppen wie die PT, die RCD und die MDS gehören. Die im PAD zusammengeschlossenen Kräfte haben beschlossen, nicht an den Parlamentswahlen am 12. Juni teilzunehmen, weil diese Wahl, wie sie glauben, „keine Lösung für die mehrdimensionale Krise darstellt, die das Land erschüttert“. (El Watan, 25. Mai 2021)

Das Kollektiv Permanente Revolution bekräftigt seine proletarische Solidarität mit der PST und protestiert gegen die Drohungen, die auf der Partei lasten, ohne die politische Orientierung der Sozialistischen Arbeiterpartei zu billigen, die wie jene der PT und der MDS auf die Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung ausgerichtet ist. Genausowenig unterstützen wir ihr Bündnis vom Typ der Volksfront (PAD) mit „liberalen“ oder „demokratischen“ bürgerlichen Parteien (RCD, UCP...).

Die Regierung Abdelmadjid Tebboune verleumdet, unterdrückt und bedroht streikende Arbeiter\*innen, Hirak-Demonstrant\*innen, Arbeiter\*innenorganisationen, Journalist\*innen, Kabyl\*innen ... Sie verbietet Student\*innendemonstrationen und solche der Beschäftigten im Bildungssektor. Ihre Polizei, Richter\*innen und Gefängniswärter\*innen schüchtern politische Gegner\*innen ein, schlagen, verhaften, verurteilen, inhaftieren und vergewaltigen sie.

Keine Strafverfolgung der PST (und auch nicht der UCP)! Respektierung der demokratischen Freiheiten, insbesondere des Rechts zu demonstrieren, sich zu organisieren, zu informieren, zu streiken! Freilassung aller inhaftierten Demonstrant\*innen, Streikenden, Aktivist\*innen und Journalist\*innen! Einstellung der Gerichtsverfahren und Aufhebung aller politischen Verurteilungen!

31. Mai 2021

**Kollektiv Permanente Revolution (CoReP)**  
(Frankreich, Österreich, Spanischer Staat, Türkei)

**Das Kollektiv Permanente Revolution im Internet:  
[www.revolucionpermanente.com](http://www.revolucionpermanente.com)**

# Nieder mit Duque, seiner Unterdrückung und all seinen Projekten des Hungers und des Elends!

## Generalstreik!

## Arbeiter- und Bauernregierung in Kolumbien!

**P**82B0084 Kolumbien erlebt derzeit einen regelrechten Arbeiter- und Bauernaufstand, der von der Regierung von Iván Duque (Centro Democrático), dem politischen Erben des ehemaligen Präsidenten, Großgrundbesitzers, Drogenhändlers und Organizers paramilitärischer Milizen, Álvaro Uribe, mit außergewöhnlicher Gewalt unterdrückt wird.

Seit dem 28. April haben Hunderttausende von städtischen Arbeitern, Studenten und armen Bauern, viele von ihnen Indigene, die Arbeit niedergelegt, Städte lahmgelegt, Hauptstraßen blockiert, sich militarisierten Polizeikräften entgegengestellt und Polizeistationen gestürmt, um Verhaftete zu befreien. Bis heute räumt die Regierung ein, dass 42 Demonstranten getötet wurden, Tausende wurden verletzt, und Menschenrechtsorganisationen melden mehr als 70 Menschen als vermisst. Die Regierung zog den Steuerentwurf zurück, der darauf abzielte, eine Steuer auf Lebensmittel, Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs einzuführen und die Steuerlast der arbeitenden Klassen zu erhöhen. Aber weder die Repression noch dieser Schritt zurück beendeten die Streiks und die Mobilisierung.

Der Startschuss war ein eintägiger "nationaler Streik" am 28. April, zu dem das Nationale Streikkommando aufgerufen hatte, das sich aus den Führungen der drei großen Gewerkschaftsverbände (CUT, CTC und CGT), der Lehrgewerkschaft (FECODE) und den Verteidigungsorganisationen der indigenen Völker zusammensetzt. Der Streik war branchenübergreifend, die Demonstrationen turbulent. Sie wurde nicht beendet, wie von den Gewerkschaftsführern gefordert, sondern gingen weiter, auch als der Präsident am 1. Mai den Belagerungszustand verhängte. Sie gingen am 2. Mai weiter, trotz der Rücknahme des Steuerreformgesetzes, und sie gehen auch vierzehn Tage später weiter, ungeachtet der "Verhandlungen" des Nationalen Streikkommandos mit Duque und der Aufrufe zur Rückkehr zur "Normalität".

Die Erklärung dafür ist einfach. Die Mobilisierung war nicht nur eine Reaktion auf den Entwurf des Steuergesetzes. Sie wurde nicht auf ein einfaches soziales Erdbeben reduziert, das



durch die Gesundheitskrise und die Verschlimmerung der Arbeitslosigkeit und Armut verursacht wurde. Die aktuellen Mobilisierungen sind eine Fortsetzung derer von Ende 2019, welche durch die Pandemie und die Lockdowns beschränkt wurden. Wie damals sind die Ziele eine Antwort auf den Kampf gegen das staatliche Vorhaben:

- die Renten als Recht der Arbeiter\*innen abzuschaffen und sie vollständig zu privatisieren,
- Abschaffung des einheitlichen Mindestlohns für das gesamte Staatsgebiet (durch Regionalisierung seiner Höhe) und für alle Lohnabhängigen (junge Leute würden nur 75 %

erhalten),

- zahlreiche öffentliche Unternehmen zu privatisieren,
- Verschärfung der repressiven Gesetzgebung und Ausweitung der Bewaffnung der militarisierten Polizei.

Wie schon 2019 fordern Gewerkschafter, Aktivisten von sozialen Bewegungen und arme Bauern die "Einhaltung des Friedensabkommens von 2016", also ein Ende der paramilitärischen Hinrichtungen in den Städten und auf dem Land. Es sei nur daran erinnert, dass allein im Jahr 2020 mehr als 300 Aktivisten aus allen möglichen sozialen Organisationen ermordet wurden. Die Friedensabkommen enthielten auch (nicht erfüllte) Klauseln, die versprachen, den Bauern einen Großteil des Landes zurückzugeben, von dem sie während des Bürgerkriegs vertrieben wurden und das jetzt in den Händen von Großgrundbesitzern oder Öl- und Bergbauunternehmen ist.

Zusätzlich zu diesen Forderungen hat die Pandemiekrise die Forderung nach Gesundheitsversorgung auf die Tagesordnung gesetzt. Im Jahr 2008 hatte Uribe das Institut für Soziale Sicherheit, die öffentliche Behörde, die das öffentliche Gesundheitswesen verwaltete, vollständig privatisiert. Heute wird das Gesundheitswesen von einem hochkomplexen Firmengeflecht betrieben, das sich zum größten Teil im Besitz des US-amerikanischen Kapitals befindet. Das System brach 2013 zusammen. Es kam zu weit verbreiteten Zahlungsausfällen und der Weigerung von Unternehmen, Gesundheitsdienstleistungen für die mittellose Bevölkerung zu erbringen. Das Gesundheitssystem hat sich von diesem Zusammenbruch nie erholt (Schulden und Rechtsstreitigkeiten mit Unternehmen dauern an) und sah sich während der Pandemie nicht willens und in der Lage, den dringenden Bedarf an Personal, Gesundheitseinrichtungen und Medikamenten zu decken. In den Jahren 2020-21 sind Zehntausende von vermeidbaren Todesfällen - durch Covid-19 und viele andere Krankheiten - die Folge der Privatisierung des Gesundheitssystems gewesen.

Darüber hinaus hat die Wirtschaftskrise in Verbindung mit der Pandemie die Arbeitslosigkeit auf den höchsten Stand der letzten 20 Jahre getrieben, wodurch die Arbeit im informellen Sektor („Prekariisierung“) und die Ernährungsunsicherheit zunehmen. Die neuesten Daten des Departamento de Estadística (Nationales Statistikamt) schätzen, dass 2020 weitere 3,6 Millionen Menschen unter die Armutsgrenze rutschen und damit 42,5 % der Bevölkerung erreichen werden. Die gleiche Behörde schätzt, dass 1,7 Millionen kolumbianische Familien keine drei Mahlzeiten pro Tag einnehmen können.

Die Bürokraten des Nationalen Streikkommandos sehen jedoch keinen Grund, den Präsidenten und seine Regierung zu stürzen. Wie im Jahr 2019 halten sie an der Politik fest, Streiktage als einfaches Druckmittel auszurufen (28. April, 5. Mai, 12. Mai...), um Verhandlungen zu führen, die zu nichts führen, sondern die Massen durch Erschöpfung demobilisieren. Hier ist die Einschätzung einiger Protagonisten des Verhandlungstreffens vom 10. Mai 2020:

„ Es gab keine Empathie von Seiten der Regierung für die

Motive und die Forderungen, die uns zu diesem nationalen Streik geführt haben, es gab keine Empathie für die Opfer der Gewalt, die unverhältnismäßig gegen die Demonstranten ausgeübt wurde, die friedlich agierten“, sagt Francisco Maltés, Präsident des Einheitsgewerkschaftsbundes (CUT). Der Hohe Kommissar für den Frieden, Miguel Ceballos, sagte seinerseits am Ende des Treffens: "Es gibt eine Übereinstimmung in der Ablehnung von Gewalt und der Nulltoleranz für jedes Verhalten der Sicherheitskräfte, das gegen die Verfassung und das Gesetz verstößt..." In diesem Kontext der Beratung haben wir die Mitglieder des Nationalen Streikkomitees gefragt, ob sie mit der Regierung übereinstimmen, einen Diskussionsrahmen unter Anwesenheit und Garantien der Vereinten Nationen und der katholischen Kirche zu schaffen. Sie stimmten dem zu, was wir zu schätzen wissen“, sagte der Beamte. (CNN auf Spanisch, 10. Mai 2021)

Während die Massen in Cali und im Rest des Landes entschlossen sind, mit Duque und seine Hunger- und Privatisierungsprojekte Schluss zu machen, während es jeden Tag Zusammenstöße mit der Polizei gibt, die täglich Todesopfer fordern, jammern die Gewerkschaftsführer, weil die Regierung kein Mitgefühl hat! Als ob es nicht die Regierung wäre, die die Last der Krise den Arbeitern aufbürden will und die die Städte militarisiert und die Spezialeinheiten der Polizei losgeschickt hat, um die Demonstranten zu ermorden.

Auf politischer Ebene verneigen sich die Erben des Stalinismus in Moskau, Peking oder Havanna (Colombia Humana, Polo Democrático Alternativo, FARC-Comunes) alle vor dem kapitalistischen und bürgerlichen Staat. Keiner von ihnen spricht sich für einen Abbruch der Verhandlungen und die Selbstverteidigung der Massen aus.



Die Arbeiterklasse, die armen Bauern, die Jugend aus den arbeitenden Klassen können von diesen Führern nichts Neues oder anderes erwarten als den systematischen Verrat an den Interessen der Massen. Sie müssen Vollversammlungen organisieren und Komitees in den Betrieben und Verwaltungseinrichtungen wählen, Räte in den Bezirken, in den Dörfern, an den Universitäten schaffen, die regionalen und nationalen Basisorgane zentralisieren, um die politische Führung der Arbeiter, der Angestellten Bauern, Studenten und indigene Völker zu schaffen. Sie müssen angesichts der Angriffe von Polizei und Paramilitärs ihre eigenen Selbstverteidigungsmilizen bilden.

Um zu siegen und so viel Elend und Unterdrückung endgültig zu beenden, müssen sie sich in einer revolutionären Arbeiterpartei organisieren, um die bürgerliche Regierung zu stürzen und sie durch ihre eigene Regierung zu ersetzen.

Nieder mit Duque und all seinen geplanten Gesetzen des Hungers und des Elends! Nein zu den Verhandlungen des Nationalen Streikkommandos mit der Regierung! Generalstreik! Bruch aller Organisationen der Arbeiter und Unterdrückten mit Duque und dem bürgerlichen Staat! Für einen einheitlichen, demokratischen und klassenkämpferischer Gewerkschaftsbund!

- Freilassung der Verschwundenen! Entwaffnung und Auflösung der Polizei, paramilitärischer Milizen und der Armee! Errichtung von Arbeiter- und Bauernmilizen!
- Versammlungen und Räte in den Betrieben, Universitäten, Stadtvierteln und Verwaltungseinrichtungen, um die politische Führung der Arbeiter, Angestellten, Bauern, Studenten und indigenen Völker zu bilden!
- Kostenlose Impfstoffe für alle! Entschädigungslose Rücknahme aller Privatisierungen, beginnend mit der öffentlichen Gesundheitsversorgung! Allgemeine, kostenlose, hochwertige öffentliche Gesundheitsversorgung!
- Allgemeine weltliche und kostenlose öffentliche Bildungseinrichtungen auf allen Ebenen!
- Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnkürzungen, bis zum Ende der Arbeitslosigkeit!
- Enteignung der Banken, der großen Energie-, Bergbau-, Industrie-, Lebensmittelverarbeitungs-, Transport-, Kommunikationskonzerne usw. unter Arbeiterkontrolle.
- Entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes! Vergesellschaftung des Landes und Übergabe an die Bauern!
- Respektierung der indigenen Völker und nationalen Minderheiten!
- Schließung der US-Basen in ganz Lateinamerika!
- Für eine Arbeiterregierung in Kolumbien! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Lateinamerika!  
12.5.2021

Kollektiv Permanente Revolution (CoReP)

(Frankreich, Österreich, Spanischer Staat, Türkei)

## ★ Aus den Archiven des Marxismus ★

### W.I. Lenin:

### Eugène Pottier

(Zum fünfundzwanzigsten Jahrestag seines Todes)

**2021 jährt sich nicht nur zum 150. Mal die Gründung der Pariser Commune. Damit eng verbunden ist die Geburtsstunde der „Internationale“, jenes Liedes, das in allen Ländern der Welt bis heute das gesungene Bekenntnis der revolutionären Arbeiter\*innen zum Internationalismus und zur internationalen Solidarität ist.**

**1913 hat W.I. Lenin folgenden Artikel geschrieben, der dem Dichter der „Internationale“ gewidmet ist.**

**I**m November vorigen Jahres, des Jahres 1912, waren seit dem Tode des französischen Arbeiterdichters Eugene Portier, des Verfassers des berühmten proletarischen Liedes „Die Internationale“ („Wacht auf, Verdammte dieser Erde“ usw.), 25 Jahre vergangen.

Dieses Lied ist in alle Sprachen Europas und nicht nur Europas übersetzt. In welches Land ein klassenbewußter Arbeiter auch geraten, wohin ihn sein Schicksal auch verschlagen, wie sehr er sich auch als Fremder fühlen möge, ohne Kenntnis der Sprache, ohne vertraute Menschen, fern von der Heimat — mit der bekannten Weise der „Internationale“ kann er Genossen und Freunde finden.

Die Arbeiter aller Länder haben das Lied ihres Vorkämpfers, des proletarischen Dichters, zu ihrem Lied, zum Lied

des Weltproletariats gemacht.

Und die Arbeiter aller Länder ehren jetzt Eugene Portier. Seine Frau und Tochter leben noch und leben in Armut, wie der Verfasser der „Internationale“ sein ganzes Leben gelebt hat. Er wurde am 4. Oktober 1816 in Paris geboren. 14 Jahre war er alt, als er sein erstes Lied dichtete, und dieses Lied hieß „Es lebe die Freiheit!“. Im Jahre 1848 nahm er als Barrikadenkämpfer an der großen Schlacht der Arbeiter gegen die Bourgeoisie teil.

Portier entstammte einer armen Familie und blieb sein ganzes Leben lang arm, ein Proletarier, der sich sein Brot als Packer und später als Musterzeichner für Stoffe verdiente.

Seit 1840 fanden alle großen Ereignisse im Leben Frankreichs ihren Widerhall

in seinen Kampfliedern; er weckte das Bewußtsein der Zurückgebliebenen, rief die Arbeiter zur Einheit und geißelte die Bourgeoisie und die bürgerlichen Regierungen Frankreichs.

Während der großen Pariser Kommune (1871) wurde Pottier zum Mitglied der Kommune gewählt. Von 3600 Stimmen wurden 3352 für ihn abgegeben. An allen Maßnahmen der Kommune, dieser ersten proletarischen Regierung, wirkte er mit.

Der Fall der Kommune zwang Pottier, nach England und Amerika zu fliehen. Das berühmte Lied „Die Internationale“ schrieb er im Juni 1871, man kann sagen, am Tage nach der blutigen Mainiederlage ..

Die Kommune war niedergeworfen .. aber die „Internationale“ Pottiers hat die Ideen der Kommune in die ganze Welt ge-

tragen, und heute ist sie lebendiger denn je.

1876, im Exil, schrieb Pottier das Poem „Die Arbeiter Amerikas an die Arbeiter Frankreichs“. Er schilderte darin das Leben der Arbeiter unter dem Joch des Kapitalismus, ihr Elend, ihre Sklavenarbeit, ihre Ausbeutung und ihre feste Überzeugung vom kommenden Sieg ihrer Sache.

Erst neun Jahre nach der Kommune kehrte Pottier nach Frankreich zurück und trat sofort in die „Arbeiterpartei“ ein. 1884 erschien ein erster Band seiner Gedichte. 1887 wurde ein zweiter Band mit

dem Titel „Revolutionslieder“ herausgegeben.

Eine Reihe anderer Lieder des Arbeiterdichters wurde erst nach seinem Tode veröffentlicht.

Am 8. November 1887 gaben die Pariser Arbeiter den sterblichen Überresten Eugene Portiers das Geleit zum Friedhof Pere Lachaise, wo die erschossenen Kommunarden begraben sind. Die Polizei versuchte, den Arbeitern die rote Fahne zu entreißen, und veranstaltete eine blutige Schlägerei. Eine riesige Menge nahm an dem Zivilbegräbnis teil. Von allen Seiten

ertönte der Ruf: „Es lebe Pottier!“

Pottier starb in Armut, aber er hat sich ein wahrhaft unvergängliches Denkmal gesetzt. Er war einer der größten Propagandisten mittels des Liedes. Als er sein erstes Lied dichtete, wurden die sozialistischen Arbeiter höchstens nach Dutzenden gezählt. Heute kennen Dutzende Millionen Proletarier das historische Lied Eugene Portiers ...

„Prawda“ Nr. 2, 3. Januar 1913.

## Eine wenig bekannte deutsche Nachdichtung der „Internationale“

Auf, ihr Verdammte des Planeten,  
auf, Hungerknechte, aus dem Sumpf!  
Vernunft bricht aus den Morgenröten.  
Aus Schlünden donnert sie Triumph.  
Macht endlich Schluß mit dem  
Gewesen!  
Es stürzt die Welt. Der Tag ist nah,  
denn heut sind wir die Auserlesenen.  
Wir waren nichts, jetzt sind wir da!

Zum letzten Kampf! Ihr alle,  
ihr Völker im Verein!  
Die Internationale  
wird alle Menschheit sein! (2 x)

Wir wissen, dass uns glücklich  
mache  
kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun.  
Genossen, unsrer Freiheit Sache  
kann nur in unsren Händen ruhn!  
Packt, bis es brüllt, das Ungeheuer,  
und schafft dem Geist ein freies Gleis!  
Wir blasen jetzt ins eigne Feuer.  
Schlagt auf den Stahl, er ist noch heiß!

Refrain

Staat und Gesetz gehen über Leichen.  
Die Steuer wird zum Massenmord.  
Wo gibt es Pflichten für den Reichen?  
Des Armen Recht? Ein leeres Wort!  
Genug! Es sprechen jetzt die Knechte,  
und das Gesetz der Gleichheit spricht:  
Nicht eine Pflicht mehr ohne Rechte  
und keine Rechte ohne Pflicht!

Refrain

Abscheulich blähn sich diese Götzen,  
die Herrn von Schacht und Eisenbahn.  
Sie machten unser Blut zu Schätzen,  
sie haben unser Gut vertan.  
In Stahltresoren liegt's vergraben.  
Wann machen wir die Rechnung glatt?  
Das Volk will ja nur wiederhaben,  
was man dem Volk gestohlen hat.

Die Herrscher machten uns  
betrunken.  
Der Zauber muß zu Ende sein.  
Drum werft ins Heer der Freiheit  
Funken!  
Dann schlägt es mit dem Kolben drein.  
Wenn sie uns zwingen, die Barbaren,  
Soldat zu spielen noch einmal,  
wir werden unsre Kugeln sparen  
für unsren eignen General.

Refrain

Arbeiter, Bauern, kommt zum Ende!  
Wir sind der Schaffenden Partei!  
Die Welt gehört in unsre Hände.  
Der Reichen Schonzeit ist vorbei.  
Sie sogen Blut aus unsren Wunden.  
Reißt ihnen ab den Heiligenschein!  
Erst wenn das Geiervolk  
verschwunden,  
wird unsre Welt voll Sonne sein!

Refrain

(Nachdichtung: Erich Weinert. 1936)



# Afghanistan: Eine Niederlage des Imperialismus auf den Leichenbergen der Unterdrückten

**A**ls der afghanische Präsident Aschraf Ghani Mitte August 2021 aus Kabul flüchtete, war damit symbolisch der Zusammenbruch der von ausländischen imperialistischen Mächten, allen voran den USA, Deutschland und Frankreich, gestützten Marionettenregierung vollzogen, die seit 2014 im Amt war.

Taliban-Verbände marschierten in Kabul ein. Die Bilder von Hubschraubern, die über der US-Botschaft amerikanische Staatsangehörige und lokale Kollaborateure aufnahmen und ausflogen erinnerten an ähnliche Bilder aus Saigon nach der Niederlage der US-Armee in Vietnam.

Aber Bilder können täuschen. In Vietnam sahen sich die imperialistischen Truppen einem Massenwiderstand in Form eines langwierigen Guerillakrieges gegenüber; die führende Kraft dieses Widerstandes war die vom Stalinismus geprägte Nationale Befreiungsfront, die mit ihrer antiimperialistischen und gegen die heimische Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer gerichteten Rhetorik die Masse der ländlichen Bevölkerung hinter sich scharen konnte. In den Städten konnte die verbotene Kommunistische Partei Südvietnams nicht nur Arbeiter\*innen, sondern auch Intellektuelle gewinnen.

Die offene Unterstützung der US-amerikanischen Regierungen seit den 50er Jahren für die brutale Diem-Diktatur in Südvietnam - ganz im Zeichen des Kalten Krieges - und dann die militärische Intervention ab August 1964 („Tonkin-Zwischenfall“) führte zur Entstehung einer wachsenden Antikriegsbewegung in den USA, die sich in den späten 60er Jahren mit den Protesten der Schwarzen und der Jugend zu einer für die Herrschenden brisanten Mischung vereinigte.

Die Rahmenbedingungen in Afghanistan sind komplett unterschiedlich und gehen auf das Jahr 1979 zurück, als am 24./25. Dezember sowjetische Truppen in Afghanistan einmarschierten.



Maßstab 1 : 7,5 Mio.

Korrigiert 3.1.2012

## Der Sturz der Monarchie

Sechs Jahre zuvor, im Juli 1973, putschte General Mohammed Daoud, selbst Mitglied der Königsfamilie, gegen die Monarchie. Das Regime Zahir Shahs war nicht imstande, das Land wirtschaftlich oder gesellschaftlich zu modernisieren. 1973 betrug die Gesamtbevölkerungszahl des Landes rund 12,1 Millionen Menschen. Davon waren rund 100.000 in (relativ) modernen Industriebetrieben beschäftigt, 300.000 in kleinen Handwerksbetrieben. Der Rest der Bevölkerung lebte mehr oder minder schlecht von der Landwirtschaft. Wie in allen asiatisch-feudalistischen Gesellschaften fiel Reichtum und Macht mit der Kontrolle über die Bewässerung der Felder zusammen: 4% der Bevölkerung kontrollierten so 40% der nutzbaren Ländereien.

Die Integration in den Weltmarkt hatte zur Errichtung der ersten Fabriken und einem Anstieg des Bildungsniveaus ge-

führt. Das Entstehen einer kleinen, aber klassenbewussten Arbeiterklasse und einer kritischen Intellektuellenschicht wurde von der Monarchie mit Repression beantwortet. Wachsende Proteste in den Städten führten 1964 zu einer „Öffnung“ des Regimes und der Einführung einer neuen Wahlordnung. Das war für die herrschende Klasse als Ventil dadurch gefahrlos möglich, weil die traditionellen Führer der Dorfgemeinschaften die Wahlen manipulierten, Oppositionelle mundtot machten oder einfach selbst für das ganze Dorf die Stimme abgaben.

Die Ausnahme war die Hauptstadt Kabul, der urbane Unruheherd par excellence. Dort gründete sich 1965 die Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA). Die beiden zentralen Sprecher nach Außen waren der ehemalige Journalist, Schriftsteller und Diplomat Nur Muhammad Taraki und der Rechtsanwalt Babrak Karmal. Beide kamen aus ärmlichen Verhältnissen, obwohl sie der politisch dominierenden Volksgruppe der

Paschtunen angehörten. In der DVPA bestanden von Haus aus zwei gegensätzliche Hauptströmungen - die Kalq („Volks“-)Fraktion Tarakis und die Parcham („Fahne“-)Fraktion Karmals. Taraki hatte im Lauf seiner Entwicklung (er hatte unter anderem für die US-Botschaft in Afghanistan gearbeitet) eine Wandlung hin zum Stalinismus vollzogen. Er orientierte die Kalq-Fraktion auf die Bildung einer Arbeiterpartei hin; Karmal, der bereits während seiner Zeit als Student in Kabul zum stalinistischen „Kommunismus“ gefunden hatte, vertrat den „gemäßigten“ Flügel, der einer klassischen stalinistischen Etappentheorie anhing. Die Arbeiter konnten ruhig noch ein bisschen warten, mit demokratisch gesinnten Elementen der Großgrundbesitzer und Kapitalisten sollte das Los der Bevölkerung verbessert werden.

Die Parcham-Fraktion führte als starkes Argument ins Treffen, dass sich Zahir Shah öffentlich zur Freundschaft mit der Sowjetunion bekannte und Wirtschaftshilfe ebenso akzeptierte wie private Geschenke aus dem Kreml. Allerdings war das nicht die reine Liebe - der König verhielt sich gegenüber den USA genauso...

Was den Aufbau der DVPA begünstigte war eine Welle von Streiks und Protesten ab dem Gründungsjahr der Partei: in den Bergwerken streikten die Arbeiter, die Beschäftigten der Elektrizitätswirtschaft folgten ihnen, und an der Universität Kabul boykottierten die Student\*innen den Hochschulbetrieb und forderten demokratische Freiheiten.

Die Proteste tendierten dazu, in eine vorrevolutionäre Phase überzugehen. In dieser angespannten Situation entschloss sich der ehemalige Ministerpräsident, General und Mitglied der königlichen Familie Mohammad Daoud, zum Militärputsch. Massive Unterstützung bekam Daoud während und nach seiner Machtergreifung vom Parcham-Flügel der DVPA. War das nicht die von ihr erhoffte antiimperialistische Einheitsfront? Zum Dank für ihre Loyalität erhielt die Parcham-Fraktion sogar ein paar Ministerposten, darunter das Innenministerium. Die Kalq-Fraktion, die ihre Rivalen als „königlich-kommunistische Partei“ lächerlich machte, konnte jedoch immer mehr an Boden gewinnen, je klarer sich zeigte, dass Daoud seine Versprechen - Bodenreform und Modernisierung der Landwirtschaft - nicht einhielt und zuse-

hends zu den gleichen repressiven Mitteln gegen die Arbeiter und Studierenden griff wie der gestürzte König. Schon 1974 wurden die Parcham-Minister aus ihren Ämtern vertrieben, gleichzeitig ging Daoud klar auf Distanz zur Sowjetunion.

Außenpolitisch legte er sich mit dem Nachbarstaat Pakistan an, indem er umstrittene Gebietsansprüche geltend machte und belutschistanischen Untergrundkämpfer in Afghanistan Ausbildungslager gestattete. Im Gegenzug unterstützte die Regierung unter Zulfikar Ali Bhutto ab diesem Zeitpunkt die islamistischen Kräfte in Afghanistan, die sich gegen die Republik gewendet hatten. Da etliche Führer islamistischer Bewegungen, unter anderen Shah Massoud und Gulbuddin Hekmatyar nach Pakistan geflüchtet waren, gab es bald persönliche Beziehungen zwischen ihnen und dem Geheimdienst ISI.

Das Auseinanderklaffen der afghanischen Gesellschaft begünstigte das Wachstum der „wiedervereinigten“ DVPA: im Juli 1977 schlossen sich Kalq und Parcham zusammen, obwohl die Kalq-Fraktion stärker war als die Parchamisten wurden die Sitze im Zentralkomitee 50:50 aufgeteilt. Es gibt keine verbindlichen Zahlen für die Stärke der Partei - die Angaben schwanken zwischen 8.000 und 50.000. Aufgrund ihrer Verankerung in der Arbeiterklasse und in der Armee stellte die DVPA aber eine wichtige politische Kraft dar.

## Die Saur-Revolution

Am 17. April 1978 wurde Mir Akbar Khyber, Universitätsprofessor in Kabul, ehemaliger Herausgeber der Zeitung Parcham und Führer der gleichnamigen Fraktion ermordet. Die Regierung Daoud machte für den Mord die islamistische Hizb-i Islāmī unter Führung von Gulbuddin Hekmatyar verantwortlich. Trotz seiner fraktionellen Bindung war Khyber auch für die Kalqisten eine Leitfigur, ebenso für die kritische Intelligenz. Sontan kam es zu Massendemonstrationen in der Hauptstadt (auch hier schwanken die Zahlen zwischen 15.000 und 50.000 Teilnehmer\*innen), noch mehr Menschen nahmen an seiner Beisetzung teil.

Als Reaktion ließ Daoud in der Nacht vom 25. zum 26. April die Führer der DVPA Taraki und Karmal verhaften. Da mittlerweile allgemein davon ausgegangen

wurde, dass hinter der Ermordung Khybers der berüchtigte antikommunistische Innenminister Nuristani stand, war die Partei im Alarmzustand. Hafizullah Amin, der Generalsekretär der Partei, rief zu sofortigen Protesten auf. Im zentralen Stadtpark Kabuls sammelten sich tausende Menschen und schwenkten rote Fahnen und Protestschilder gegen die Regierung Daouds.

Offiziere der Nationalarmee, die der DVPA angehörten, führten ihre Truppen gegen die Anhänger Daouds, in Dschalalabad kam es zum Schusswechsel zwischen Armeeeinheiten. Noch während der Protestkundgebung in Kabul feuerten von Rebellen geflogene MIGs Raketen auf den Präsidentenpalast ab und unterhielten durch aufständische Panzerverbände Unterstützung.

Die „Saur-Revolution“ (Saur = April) war kein Ergebnis eines ausgetüftelten Umsturzplans, wie proimperialistische Medien gerne verbreiteten. Es war das Zusammenfallen einer breiten städtischen Protestbewegung mit der Selbstverteidigungsaktion einer von Repression bedrohten Partei, die in den Massen verankert war.

Diese Verankerung im städtischen Proletariat und der Intelligenz war Segen und Fluch der Saur-Revolution. Die DVPA stand seit ihrer Gründung unter starkem stalinistischen Einfluss - eine sozialistische Umgestaltung Afghanistans war daher nicht ihr Ziel. Sie fügte sich mit ihren - oft durchaus unterstützenswerten - Maßnahmen in den Raster verschiedener anderer bürgerlich-nationalistischer Strömungen („arabischer Sozialismus“ in Ägypten, „Linksperonismus“...) ein.

Im Ausland am stärksten wahrgenommen wurde die rechtliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern; Zwangsehen und Frauenkauf wurden verboten; im Zuge einer Alphabetisierungskampagne wurden Frauen besonders intensiv gefördert; bald waren mehr als 50 % der Studierenden in Kabul Frauen.

Die DVPA-Regierung erklärte das Land zu einem multinationalen Staat: Die Privilegien der Paschtunen wurden beseitigt, der staatliche Rundfunk strahlte erstmals Programme in den Sprachen der Minderheiten aus.

Das alleine waren schon Maßnahmen, welche die 300.000 islamischen Kleriker in Weißglut versetzten. Aber es kam noch schlimmer: Der Staat zog sich von allen

religiösen Agenden zurück - freie Religionsausübung sollte allgemein möglich sein, aber ohne Zuwendungen oder Bevorzugung irgendeiner Religion. Zugleich wurde eine Landreform proklamiert, die das Elend am Land beseitigen sollte.

Die DVPA war in den Dörfern, wenn überhaupt, dann nur sporadisch vertreten. Die Landreform, so sie überhaupt in Angriff genommen wurde, stockte durch den Widerstand der Imame und Dorfältesten. Was in den Städten begeistert aufgenommen wurde, stellte für die alte asiatisch-feudalistische Ordnung eine lebensbedrohende Gefahr dar. Dorfälteste, Großbauern, Stammesführer, lokale Warlords sammelten sich um die sunnitischen Kleriker, die das ideologische Unterfutter für die Konterrevolution schneiderten: es gelte, die Gottlosen zu vernichten. Die Frauen sollten wieder dem Manne untertan gemacht werden. Dschihad wurde zum Weckruf des Widerstandes gegen die Regierung.

Die Regierung reagierte auf die wachsenden Proteste mit Gewalt. Statt zu versuchen, die Dorfarmut auf ihre Seite zu ziehen, schickte sie Truppen, die sich genauso aufführten wie seinerzeit die Armee des Königs und Daouds. Sie bombardierten widerspenstige Dörfer, ohne einen Unterschied zwischen Ausgebeuteten und Feudalherren, Bauern und Imams zu machen. „Niemand mag bewaffnete Missionare“, hatte Robespierre bereits 1791 erkannt. Diese Einsicht sollte sich fast 200 Jahre später in Afghanistan bestätigen.

## Sowjetischer Einmarsch

Der wachsende Widerstand am Land und die Bildung bewaffneter islamischer Milizen, sogenannter Mudschahidin (Kämpfer), führte zum Aufbrechen strategischer Spannungen innerhalb der DVPA. Die Parchamisten forderten Mäßigung und die Eingliederung ehemaliger Daoud-Anhänger in die Regierung; die Kalqisten ließen daraufhin führende Parcham-Leute verhaften oder trieben sie ins Exil. Die sowjetischen Berater übten Druck auf Taraki aus, seinen scharfmacherischen Generalsekretär Amin zu beseitigen und einen versöhnlichen Kurs, wie ihn Parcham gefordert hatte, einzuschlagen. Mittlerweile unterzeichnete am 3. Juli 1979 US-Präsident Carter die ersten beiden Direktiven zur Unterstützung

der afghanischen Mudschahidin mit einem Betrag von bis zu 695.000 US-Dollar für Propagandamaterial, Funkgeräte und medizinische Versorgung. Das war der Beginn der „Operation Cyclone“. Im Herbst weitete die CIA die Unterstützung für die Islamisten auf Druck des pakistanischen Präsidenten Zia weiter aus.

Der Versuch, Amin umzubringen, scheiterte - stattdessen wurde Taraki ermordet. Amin, der selbst immer am lautesten nach sowjetischem Beistand gerufen hatte, ahnte nicht, dass er selbst eines der ersten Opfer der eigenen Politik werden würde. Zwei Tage nach dem Einmarsch der sowjetischen Armee, am 27. Dezember, starteten Spezialeinheiten der Roten Armee die Operation Sturm-333: Sie griffen den Präsidentenpalast in Kabul an, kämpften sich bis zum Amtssitz Amins vor und liquidierten diesen. Die Kremlführung setzte Babrak Karmal als neuen Regierungschef ein, holte Parcham-Führer aus dem Exil oder flog sie aus der UdSSR, wo sie Unterschlupf gefunden hatten, ein. Der Kalq-Flügel verlor seinen Einfluss, Armeeangehörige, die loyal zur alten Taraki-Regierung waren, wurden niedergeschlagen.

Die Folgen dieses blutigen Machtwechsels verschärften die Krise: Soldaten, auch solche, die der DVPA angehört hatten, wandten sich von Karmal und seinen sowjetischen Auftraggebern ab, desertierten, schlossen sich der Mudschahidin an oder gingen nach Pakistan ins Exil.

Mit der sowjetischen Invasion war die Stunde des US-Imperialismus gekommen. Im CIA wurde offen davon gesprochen, dass man den „Russen nun ihr Vietnam“ verpassen würde. Die Regierung unter Präsident Jimmy Carter war von dieser Perspektive begeistert. Durch CIA-Mittelsmänner wurden die Mudschahidin mit Waffen und Geld versorgt. Das Anheizen des Islamismus war durchaus erwünscht. Daher standen vor allem die Verbände von Hekmatyar ganz oben auf der Auszahlungsliste der amerikanischen Imperialisten. Hekmatyar kämpfte für einen islamischen Staat und soll eigenhändig in Kabul unverschleierte junge Frauen bei Säureattentaten verstümmelt haben. Was ihn für die US-Imperialisten besonders interessant machte: Hekmatyar arbeitete schon seit Jahren mit der pakistanischen Regierung und deren Geheimdienst ISI zusammen und war in sei-

nem islamistischen Machtstreben völlig skrupellos.

## Imperialisten stützen Islamisten

Aufgrund des Rohstoffreichtums des Landes und der geopolitischen Bedeutung Afghanistans mischten auch der französische und britische Imperialismus mit. Diese beiden Imperialismen setzten auf den charismatischen Guerillaführer Ahmad Schah Massoud. Der 1953 geborene Sohn eines tadschikischen Offiziers schloss sich bald nach Beginn seines Studiums an der Universität Kabul einer islamistischen und antikommunistischen Jugendorganisation an und trat 1976 der Dschamiat-i Islām-yi Afghānistān bei (Islamische Vereinigung Afghanistans), die 1968 unter Einfluss der ägyptischen Muslimbruderschaft gegründet worden war. Im Gegensatz zu anderen islamistischen Parteien grenzte sich die Dschamiat-i Islām-yi Afghānistān deutlich von wahhabitischen Strömungen aus, die über Pakistan versuchten, in Afghanistan Einfluss zu gewinnen.

Massoud war der militärisch fähigste Mudschahidinführer und baute im heimatlichen Pandschirtal ein Rückzugsgebiet auf, von dem aus er den russischen Truppen schwere Verluste beibrachte. Der Entschluss der neuen sowjetischen Führung rund um Michail Gorbatschow im Jahr 1988 das Engagement in Afghanistan zu beenden war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass das US-imperialistische Kalkül aufging, durch den Afghanistan-Krieg die sowjetische Wirtschaft zum Kollaps zu bringen. Vor allem die Lieferung von Stinger-Raketen an die Mudschahidin verteuerten den Krieg für die UdSSR unerwartet. Hatten die sowjetischen Helikopter bis 1986 die Lufthoheit, änderte sich das mit dem Einsatz der einfach zu bedienenden Stingers schlagartig. Hunderte der teuren Kampfhubschrauber wurden abgeschossen.

Der Afghanistan-Krieg hatte eine bedeutende Strahlkraft in Ländern mit muslimischer Bevölkerung. Ab 1980 versuchten arabische „Freiwillige“, in den Konflikt zu intervenieren. Genaue Daten liegen nicht vor, aber Osama bin Laden behauptet, in diesem Jahr zum erstenmal in Afghanistan gewesen zu sein und sich entschlossen zu haben, die Mudschahidin zu unterstützen. Seine Hilfsorganisa-

tion verteilte Kleidung, Nahrungsmittel und Geld - stieß jedoch nicht immer auf Gegenliebe der afghanischen Islamisten, die mit der wahhabitischen Interpretation des Koran wenig anfangen konnten. Auch wenn bin Laden emsig an seiner Heldenlegende webte - der Einfluss der saudischen Freiwilligen war gering. Entscheidend war aber eines: mittels der pakistanischen Regierung, aber auch direkter Agenten, schuf der US-amerikanische Imperialismus eine gefährliche und diversifizierte islamische Bewegung in der Region, die sich fast zwangsläufig irgendwann gegen die verhassten Ungläubigen wenden musste.

Am 14. April 1988 wurde in Genf der Vertrag zwischen der Sowjetunion und der afghanischen Regierung unter Mohammed Najibullah unterzeichnet, der den völligen Rückzug der sowjetischen Truppen bis zum 15. Februar 1989 vorsah.

In Kabul versuchte die DVPA-Regierung weiterhin die Kontrolle über das Land zu behalten. Erst im April 1992 stürzte die Regierung Nadschibullahs unter dem militärischen Druck der Mudschahidin. Das ist insofern besonders bemerkenswert, weil es die imperialistische Propaganda widerlegt, dass die DVPA eine reine Marionettenpartei der UdSSR gewesen wäre. Tatsächlich erfreute sich die Partei in den Städten nach wie vor einer beträchtlichen Unterstützung, nicht zuletzt weil die islamistische Rhetorik der Mudschahidin und ihrer politischen Vertretungen immer reaktionärer wurde.

Letztlich unterlagen die Städte den rückständigen Dörfern. Aber damit begann die Zerrüttung des Landes erst, denn nun begannen die verfeindeten Kriegsherren und Mudschahidinfraktionen, sich untereinander zu bekämpfen.

Eine Schlüsselrolle fiel Ahmad Schah Massoud zu - der „Löwe des Pandschirtals“, wie er bewundernd auch von seinen Gegenspielern genannt wurde, weigerte sich, die Regierungsgewalt zu übernehmen. Er befürchtete, dass seine tadschikische Herkunft zu neuen Konflikten in der islamistischen Front führen würden. Seine Versuche, die Hauptstadt vor Plünderungen und Verwüstung durch islamistische Warlords zu schützen, scheiterten. Im pakistanischen Peschawar trafen die Führer der großen islamistischen Parteien und Mudschahidin

zusammen und einigten sich auf einen faktischen Waffenstillstand zwischen den verfeindeten Fraktionen und die Organisation freier Wahlen.

Hekmatyar blieb den Verhandlungen fern - mit massiver Unterstützung Pakistans versuchte er, die Macht an sich zu reißen. Er rückte auf Kabul vor und begann ein jahrelanges Bombardement der Stadt. 1993 zog sich sein Hauptgegner Massoud gegen das Versprechen, die Bombardierung Kabuls zu beenden, von der Funktion des Verteidigungsministers zurück. Hekmatyar setzte aber die verheerenden Artillerie- und Luftschläge fort.

Neben Pakistan versuchten auch die Nachbarstaaten Iran und Usbekistan Einfluss zu gewinnen. Das wiederum führte zur Steigerung der verborgenen US-amerikanischen Militärhilfe für diverse islamistische Kräfte, inklusive Hekmatyar, der immer unberechenbarer geworden war. Noch unübersichtlicher wurden die Fronten, als die von Saudi-Arabien unterstützten wahhabitischen Ittihad-i Islami-Verbände von Abdul Rasul Sayyaf und die vom Iran unterstützten schiitischen Hezb-i Wahdat-Milizen von Abdul Ali Mazari gegeneinander zu kämpfen begannen. Hekmatyar nutzte die Gelegenheit und verbündete sich mit der schiitischen Miliz. Der usbekische Warlord Abdul Rashid Dostum schloss sich mit seiner Miliz dieser Allianz an und beteiligte sich an den Angriffen auf Kabul. Über 25.000 Zivilistinnen und Zivilisten kamen bei diesem zermürbenden Stellungskrieg ums Leben.

## Warlords und Taliban

1994 trat dann ein neuer gefährlicher Akteur auf die politische und vor allem militärische Bühne: die Taliban. In Pakistan hatte die islamistische Jamiat Ulema-e-Islam-Partei („Vereinigung islamischer Gelehrter“, JUI) in den Gebieten, in denen es afghanische Flüchtlingslager gab, Koranschulen (Madrasas) organisiert. Die JUI besteht mehrheitlich aus Paschtunen und vertritt eine extrem dogmatische (deobandische) Lehre. Die ausschließlich männlichen Schüler wurden mit der fundamentalistischen, an der Scharia orientierten Islamversion der JUI indoktriniert. Viele Eltern nahmen das lieber hin, als die Kinder hungern zu lassen. Aus diesem Pool fanatisierter junger

Männer speiste sich die Bewegung der Taliban. Der paschtunische Name Taliban bedeutet Schüler, Suchende.

Der 1960 geborene Mohammed Omar, ein aus ärmlichen bäuerlichen Verhältnissen stammender Dorfmullah, gründete (so die offizielle Version der Taliban-Geschichtsschreibung) im Sommer 1994 mit 30 Männern eine religiös motivierte Bewegung, um einen Mudschahidin-Kommandanten zu bestrafen, der zwei Mädchen vergewaltigt hatte. Sie schnappten den Mann und hängten ihn an einem Panzerrohr auf. Wie viele „Heldengeschichten“ aus dem afghanischen Bürgerkrieg ist auch diese nicht belegbar.

Mit pakistanischer Hilfe rollten die Taliban vom Süden her, mit Zentrum Kandahar, Afghanistan auf. Sie stießen auf Unterstützung bei den ärmsten ländlichen Schichten und der dortigen Geistlichkeit. Ihr Kampf gegen die verfeindeten Mudschahidin und die rigore, auf der Scharia basierende Unterdrückungspolitik schien manchen Dörflern immer noch besser als die Instabilität durch wechselnde Besatzer und korrupte und erpresserische Statthalter der Warlords.

Ein psychologischer Vorteil im Kampf war die Tatsache, dass sich die Taliban als fanatische Gläubige gaben und den religiösen Charakter ihrer Bewegung herausstrichen. Manche Mudschahidin weigerten sich, gegen Geistliche (so sahen sie die Taliban) zu kämpfen.

Als Shah Massoud Ende 1994 einen Gipfel der Mudschahidin zustande brachte, der den Weg zur Schaffung einer islamischen Republik ebnen sollte, lud er die Taliban zur Teilnahme ein. Die lehnten ab. Demokratische Wahlen (wie immer diese unter den damaligen Bedingungen auch aussehen mochten) lehnten die Fundamentalisten ab. Stattdessen begannen sie 1995 eine Welle von Bombenanschlägen in Kabul: Autobomben zerfetzten Menschen auf belebten Plätzen, mit Sprengstoffgürteln ausgerüstete Kommandos stürmten mit Maschinengewehren in die Stadtteile, massakrierten, wer ihnen vor die Läufe kam, um sich schließlich in die Luft zu sprengen und möglichst viele Opfer mitzunehmen.

Massoud führte jetzt einen entschiedenen Kampf gegen die Taliban, die zurückweichen mussten und schon fast geschlagen schienen. Aber zwei potente Geldgeber wendeten das Blatt: die saudi-

schen und pakistanischen Regierungen pumpeten Geld in die Taliban-Bewegung, die dadurch aufrüsten und ihren Waffenpark modernisieren konnte. Im September 1996 musste er mit seinen Truppen den Rückzug aus Kabul antreten. Die Taliban marschierten in die Hauptstadt ein. Eine ihrer ersten Aktionen war eine grausame PR-Show: Der letzte Präsident der DVPA-Regierung Nadschibullah, der im UN-Hauptquartier Zuflucht genommen hatte, wurde verhaftet, gefoltert, ermordet und sein Leichnam vor dem Präsidentenpalast aufgehängt.

## Taliban an der Macht

Wieder hatte „das Dorf über die Stadt“ gesiegt, mit furchtbaren Folgen für die Bevölkerung der Hauptstadt. Frauen wurden de facto zu Gefangenen in ihren Häusern gemacht. Sie durften nur noch mit Ganzkörperschleier und in Begleitung eines männlichen Angehörigen das Haus verlassen. Für Mädchen gab es keinen Schulunterricht mehr, außer primitive religiöse Unterweisungen; „unbotmäßige Frauen“ wurden auf den Straßen von Taliban misshandelt. Ehebrecherinnen wurden gesteinigt. Gegner des Regimes, Kommunisten, religiöse „Abweichler“ wurden verhaftet, gefoltert, teilweise in öffentlichen Hinrichtungsorgien in Stadien zur Abschreckung ermordet.

Dagegen rührte sich Widerstand: Tapfere Lehrerinnen hielten heimlich Schulstunden für Mädchen ab. So wie die Taliban früher mit ihren Attentaten Angst und Schrecken verbreitet hatten, wurden sie nun selbst Ziel von Anschlägen. Vor allem aber schlossen sich ehemalige Feinde zusammen, um die Herrschaft der Taliban zu brechen: Massoud und sein einstiger Gegenspieler Dostum bildeten gemeinsam mit den Milizen der von den Taliban verfolgten hazarischen Minderheit die Vereinigte Front (Nordallianz). Bald traten auch paschtunische Einheiten, wie jene des späteren Präsidenten Karzai, der Allianz bei.

Ahmad Schah Massoud blieb allerdings der einzige Kommandeur, der seine Gebiete erfolgreich gegen die Taliban halten konnte. Die pakistanische Regierung wollte nun eine Entscheidung erzwingen und schickte zehntausende Pakistanis ins Nachbarland, um die Taliban zu unterstützen. Bis zu 28.000 pakistanische Staatsbürger und 3.000 Freiwillige aus

arabischen Ländern und Asien kämpften gegen die Vereinigte Front. Erwähnt sei die 055-Brigade (oder 55. Arabische Brigade), die von Osama Bin Ladens Al-Qaida ausgebildet und bezahlt wurde. Zwischen ein- und zweitausend Dschihadisten aus verschiedenen Ländern wurden zu einer exzellent ausgerüsteten Truppe zusammengeschweißt. Sie verfügten unter anderem über Satellitentelefone, Nachtsichtgeräte und eigene Flugzeuge. Mitglieder der Brigade wurden teilweise Talibaneinheiten zugeteilt, um deren Kampfkraft zu stärken.

2001 hatten die Taliban ihren Einfluss Großteils verspielt. Über eine Million Afghan\*innen waren ins Ausland geflüchtet, in einer Binnenmigration flohen hunderttausende in die von Massoud kontrollierten Nordprovinzen und das Pandschirtal.

Bei den islamistischen Milizen und Parteien hatte sich mittlerweile die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine Fortführung des Bürgerkriegs zur völligen Verwüstung des Landes führen würde. Die US-Imperialisten und ihre Verbündeten hatten einzelne Warlords und Parteien solange unterstützt, bis der Hauptfeind UdSSR geschlagen war. Danach hatte das Interesse an Afghanistan merklich nachgelassen, wodurch für Anrainerstaaten und Regionalmächte der Weg frei wurde, durch Unterstützung der einen oder anderen Seite Einfluss und Kontrolle über die Bodenschätze des Landes zu gewinnen. Also wurden mehrere Gipfelkonferenzen zwischen den Fraktionen organisiert, um geordnete Verhältnisse herzustellen.

Im Frühjahr 2001 flog Massoud nach Brüssel und sprach vor dem Europäischen Parlament. Er wandte sich damit direkt an die europäischen imperialistischen Mächte, um deren Unterstützung - finanziell und humanitär - zu erbitten. Er bekräftigte sein Bekenntnis zu einem islamischen Staat, den er aber deutlich von der „Fehlinterpretation des Koran“ durch Taliban und Al-Qaida abgrenzte. Aufhorchen ließ sein Versprechen, das Frauenwahlrecht einzuführen und eine Loja Dschirga („Große Versammlung“, eine Art Mischung aus Ältestenrat, verfassungsgebender Versammlung und Vertretung der diversen Nationalitäten, obwohl die Dschirga primär eine paschtunische Institution ist) einzuberufen. Ein besonderer Knalleffekt war Massouds

Vorschlag, dass der Vorsitz der Loja Dschirga vom greisen Zahir Shah, dem 1973 gestürzten König, eingenommen werden sollte.

Bei seiner Europareise warnte Massoud vor einem „großen Anschlag“, den Al-Qaida vorbereite.

Am 9. September wurde Ahmad Shah Massoud in seinem Hauptquartier von zwei Attentätern der Al-Qaida, die sich als Journalisten ausgegeben hatten, mit einer Bombe getötet. Zwei Tage später kam es zum Terrorangriff auf die Twin Towers in New York.

Es wäre verführerisch, den von US-Präsident George W. Bush ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“ ausführlich zu behandeln (immerhin wurden im Eilzugstempo Gesetze wie der US Patriot Act aus der Schublade gezaubert, die innerhalb der USA wichtige Freiheiten aufhoben und die Polizeibefugnisse bis hin zum Verschwindenlassen von „Terrorverdächtigen“ ausweitete). Konzentrieren wir uns jedoch auf Afghanistan.

## „Krieg gegen den Terror“ und NATO-Intervention

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 rief die US-Regierung zum ersten mal in der Geschichte den Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrages aus (kriegerischer Angriff auf ein Mitgliedsland). Damit war der Weg frei für die „Operation Enduring Freedom“, die am 7. Oktober 2001 mit der Bombardierung von Zielen in Afghanistan begann. Den amerikanischen Imperialisten ging es aber keineswegs um die sehr begrenzte Suche nach Osama bin Laden und seinen Unterstützern. Unter dem Vorwand des Krieges gegen den Terror schafften es die USA endlich, in den wichtigen zentralasiatischen Nachbarländern Afghanistans Militärstützpunkte zu errichten. 9/11 war der ideale Anlass, die militärische Führungsrolle des amerikanischen Imperialismus weltweit zu demonstrieren. Bushs Botschaft war klar: Wer in diesem „Krieg“ die USA nicht unterstützt ist gegen die Vereinigten Staaten.

Eine wesentliche Stütze des US-Imperialismus war die deutsche Regierung. Dort fand auch vom 27. November bis zum 5. Dezember 2001 die Petersberger Konferenz statt. An der Konferenz nahmen vier Delegationen verschiedener af-

ghanischer Gruppierungen mit insgesamt 28 Delegierten teil. Unter imperialistischer Aufsicht wurde ein Stufenplan zur Machtübergabe an eine „demokratisch legitimierte Regierung nach der Entmachtung der Taliban“ verkündet. In Tokio fand im Januar 2002 eine weitere „Afghanistankonferenz“ statt, bei der die imperialistischen Mächte eine „Wiederaufbauhilfe“ von 4,5 Milliarden US-Dollar beschlossen. Um zu kontrollieren, ob die Investitionen auch in ihrem Sinne erfolgten, wurden einzelne Mitgliedsstaaten der Allianz gegen den Terror für die „Koordination“ des Aufbaus „demokratischer Strukturen“ bestimmt: Der Aufbau der Armee lag in den Händen der USA, des Justizsystems wurde Italien übertragen, der deutsche Imperialismus übernahm den Aufbau der Polizei und Großbritannien den „Kampf gegen den Drogenhandel“.

Tatsächlich wurde nach Vertreibung der Taliban von der Loja Dschirga der paschtunische Adelige Karzai zum Interimspräsidenten „gewählt“. Der gesamte Wahlvorgang zeigte, wie die imperialistischen Vorstellungen von Unabhängigkeit aussehen: Karzai, ein Warlord wie viele andere auch, stand lange Jahre auf der Gehaltsliste der CIA und hatte einen Beratervertrag mit UNOCAL, dem wichtigsten in der Region tätigen US-amerikanischen Ölkonzern. In dieser Funktion soll Karzai zwischen dem Konzern und den Taliban über den Bau einer Gaspipeline durch Afghanistan vermittelt haben. Jedenfalls unterzeichnete die Regierung Karzai bereits 2002 mit Turkmenistan und Pakistan einen Vertrag über die Turkmenistan-Afghanistan-Pakistan-Pipeline, die „zufällig“ einen ähnlichen Verlauf wie das frühere Projekt haben soll.

Vor der im Sommer 2002 stattfindenden Loja Dschirga, die bereits unter dem „Schutz“ von Besatzungstruppen der US-geführten internationalen Koalition durchgeführt wurde, kontaktierten amerikanische Agenten Warlords und Stammesführer und boten ihnen jeweils bis zu 100.000 US-Dollar an, falls Karzai gewählt werden würde. Ausgezahlt würde die Bestechungssumme aber erst nach vollzogener Wahl. Zur Absicherung des Ergebnisses ließ Karzai mit US-Hilfe 700 potenzielle Gegner von der Teilnahme an der Loja Dschirga ausschließen. Überraschend bildete sich bei den Beratungen der Loja Dschirga eine wachsende Opposition gegen Karzai - ihr Favorit war Ex-

König Zahir Shah. Nach massivem Druck und entsprechenden Drohungen zog sich der Alte wieder ins Exil nach Italien zurück. Peinlicherweise verkündete Karzai das Ergebnis seiner Wahl zum Präsidenten, noch bevor der Wahllakt stattgefunden hatte.

## Regierung Karzai: Zwielichtige Marionette

In die Regierung Karzais wurden mehrheitlich Vertreter der Nordallianz, lokale Warlords und Feudalherren aufgenommen. Es sei hier deutlich unterstrichen, dass sich die Mudschahidinseit ihrer Gründung im Kampf gegen die sowjetischen Truppen, später im Krieg untereinander und gegen die Regierung der DVPA einer Reihe von Kriegsverbrechen und Massakern schuldig gemacht hatten.

Das hing unter anderem mit der Bedeutung des Mohnanbaus und damit des Drogenhandels zusammen. Karzai war unter anderem deshalb in der Loja Dschirga auf Opposition gestoßen, weil ein Teil seiner Familie eine wichtige Rolle im Drogengeschäft spielte (seine Cousins kontrollieren die wichtigste Logistik-Firma des Landes und sollen ihre Expertise im Rauschgiftschmuggel gewonnen haben). Die Opposition hatte allerdings nichts gegen Mohn oder Opium, es wollten nur auch andere Milizführer am Kuchen mitnaschen.

Der Einsatz der Internationalen Besatzungstruppe ISAF brachte große Teile der afghanischen Bevölkerung gegen die ausländischen Truppen und deren Befehlshaber auf. Da die Besetzungen Afghanistans mit immer wechselnden Zielen (Jagd auf Osama; Verteidigung der „demokratischen Strukturen“ etc.) begründet wurde, offenbarte sich vor den Augen der Bevölkerung und der Weltöffentlichkeit der wahre Hintergrund: Die Afghanistan-Politik des US-Imperialismus war nur ein Baustein in der von Bush nach dem Zerfall der Sowjetunion proklamierten „Neuen Weltordnung“. In einer strategisch wichtigen Region Zentralasiens, in unmittelbarer Nähe zu Russland und China, sollte ein imperialistischer Brückenkopf geschaffen werden.

Für den deutschen Imperialismus bot sich eine hervorragende Chance, an der Seite der US-amerikanischen Verbündeten endlich wieder massiv als ernstzunehmende Militärmacht aufzutreten. Es war

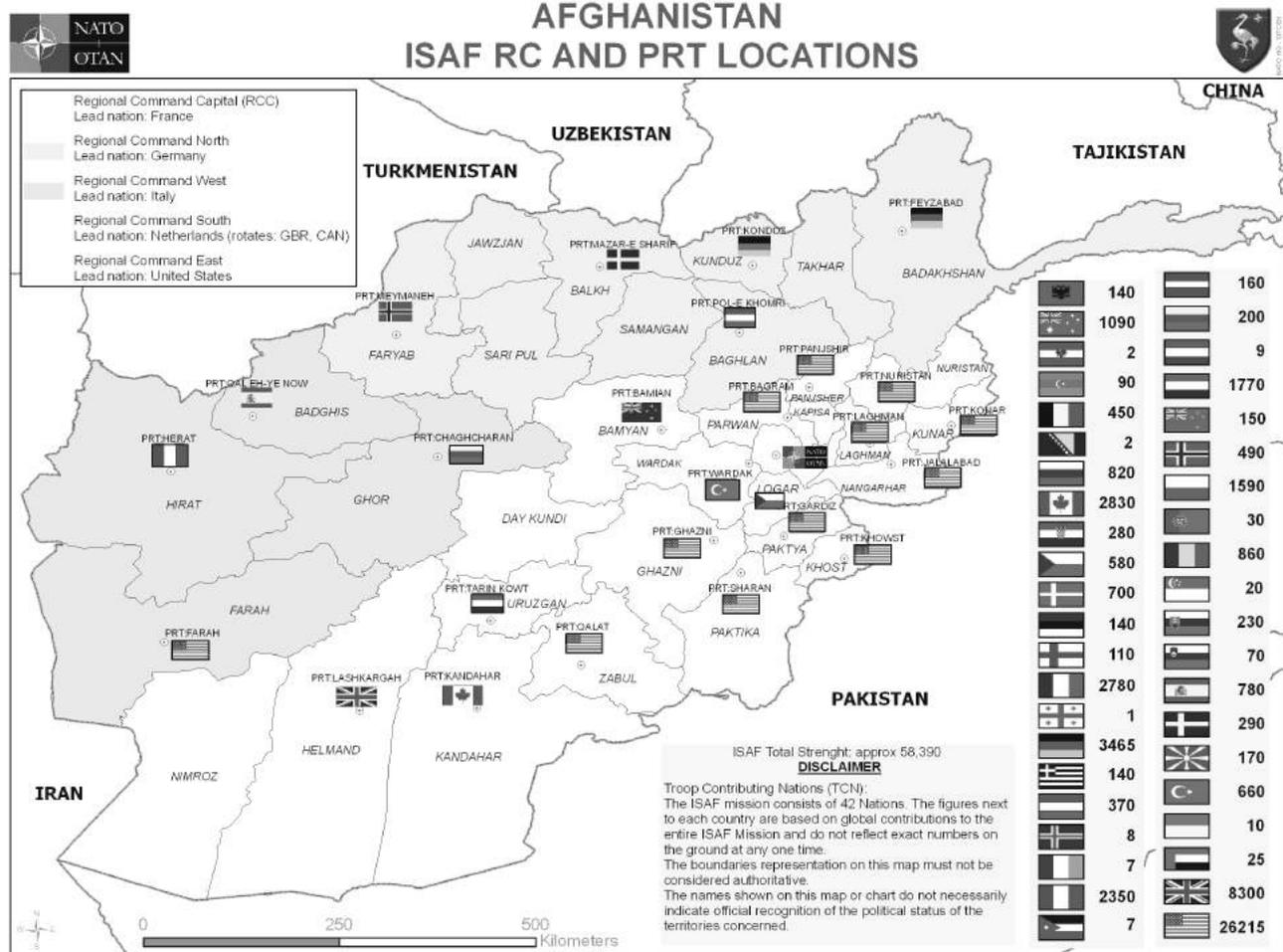
ein Sozialdemokrat, der Bundesverteidigungsminister Peter Struck, der Ende 2002 proklamierte: „Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.“ Es war die rot-grüne Koalition unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer, die das militärische Engagement der Bundeswehr in Afghanistan durchsetzte.

Die Übergriffe der ISAF auf Zivilist\*innen, die nächtlichen Überfälle auf „verdächtige“ Häuser in Städten und Dörfern, die „Kollateralschäden“ unter der Zivilbevölkerung (bis 2019 kamen rund 43.000 zivile Afghan\*innen ums Leben, Zahlen von Verletzten liegen nicht vor) ließen sogar den korrupten Karzai mitunter aufbegehren. Der Luftangriff bei Kundus am 4. September 2009 führte zu einer Verschärfung der Kritik Karzais an den USA, einer Zunahme von Antikriegsprotesten in Deutschland und zum Rücktritt des CDU-Verteidigungsministers: Auf Anweisung des kommandierenden deutschen Offiziers Klein griffen NATO-Maschinen einen angeblichen Taliban-Konvoi an und töteten 142 Menschen, darunter viele Zivilisten und vor allem Kinder. Gleichzeitig gab es heimliche Kontakte zwischen Karzai und den Taliban, die jedoch leaked wurden und scheiterten.

Die geopolitischen Ambitionen des US-Imperialismus und seiner Verbündeten wurden zusehends zu einem Fass ohne Boden. Berechnungen des Watson-Instituts der Brown-University for international and public affairs zufolge betragen die Gesamtkosten der Afghanistaninvasion für die USA seit 2001 2,26 Billionen US-Dollar, alleine die Kosten für Ausbildung und Ausrüstung der afghanischen Armee belaufen sich auf 83 Milliarden. Daneben nehmen sich die 12,5 Milliarden US-Dollar, die der deutsche Imperialismus ausgegeben hat, geradezu läppisch aus. Hartz-IV-Bezieher\*innen sehen das vermutlich anders.

Nach der Ablösung Karzais durch seinen Finanzminister Aschraf Ghani 2014 zeichnete sich ab, dass der endlose Krieg in Afghanistan sowohl die einheimischen Kollaborateure als auch die imperialistischen Herren erschöpfte.

Es war Barack Obama, der mit einem langsamen Rückzug der amerikanischen Truppen begann. Die finanziellen Belastungen des Krieges wurden durch einen wichtigen innenpolitischen Faktor verschärft - die große Zahl der Veteranen,



die, oft schwer traumatisiert, aus dem Krieg heimkehrten.

2021 beläuft sich ihre Zahl auf 750.000. Viele von ihnen sind arbeitslos. Die Zahl der Selbstmorde von aktiven und ausgeschiedenen Soldaten betrug zwischen 2001 und 2018 30.100 gegenüber 7.050 im Kampf gefallen. So, wie sich ein Teil dieser Veteranen jetzt entschieden gegen die kriegslüsterne Politik des Imperialismus wendet, hat sich ein anderer Teil (auch in Deutschland) faschistischen Gruppen angeschlossen.

Als dann Donald Trump mit den Taliban einen Truppenabzug zu verhandeln begann, war offensichtlich, dass ein Paradigmenwechsel des US-Imperialismus stattgefunden hatte. „America first“ bedeutete nicht nur einen Schwenk Richtung Isolationismus, sondern auch Kurs auf neue Handelskriege statt direkter kostspieliger militärischer Interventionen. Besonders zynisch war bei diesen Gesprächen, dass der gleiche Präsident, der Einreisebeschränkungen für Muslime verhängte, mit genau jenen Kräften paktierte, die 2001 als „Paten des Terrors“ verteufelt worden waren.

Trumps Nachfolger Biden setzte den

Truppenabzug fort, schneller, als zunächst geplant. Die Taliban waren verstärkt in die Offensive gegangen, die „staatliche“ Armee zersetzte sich demoralisiert. Einzelne Warlords und die Nationale Widerstandsfront Afghanistans (Teile der alten Nordallianz) leisteten und leisten offenbar bewaffneten Widerstand.

### USA raus, neue Imperialisten und Regionalmächte rein?

Die Errichtung des Islamischen Emirats Afghanistan durch die Taliban stößt aber auch auf zivilen Widerstand: Demonstrationen gab es in Asadabad, der Provinz Kunar, Dschalalabad, im Pandschir-Tal und sogar in Kabul. Angehörige traditionell unterdrückter nationaler Minderheiten leisten Widerstand, weil sie die Ausrottung durch die Taliban fürchten.

Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Führer der bewaffneten Opposition sind - in Nuancen - ebenso islamistisch wie die Taliban. Es wäre falsch, aus einer Position des „kleineren Übels“ heraus ei-

ne dieser Fraktionen zu unterstützen, ebenso wie es verlogen wäre, den Rückzug der NATO-Truppen zu bedauern, weil damit „der demokratische Weg“ in Afghanistan verbaut wäre.

Die Tragödie der werktätigen und prekarierten afghanischen Massen, der durch den Krieg Entwurzelten ist eine grausame Bestätigung der Theorie der permanenten Revolution: in halbkolonialen oder kolonialen Ländern ist die einheimische Bourgeoisie (im Bündnis mit den Großgrundbesitzern) nicht imstande, die Aufgaben der demokratischen Revolutionen zu erfüllen: Landreform, Zerschlagung des Großgrundbesitzes, grundlegende Freiheiten wie Koalitions- oder Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit etc.

Die parasitären und kriminellen Vertreter dieser herrschenden Klassen verbünden sich mit imperialistischen Mächten gegen die eigenen, bedrohlichen Massen, machen sich zu Handlangern derer Interessen.

Afghanistan zeigt mit aller Schärfe was passiert, wenn durch den stalinistischen Verrat keine revolutionäre Arbeiterpartei entsteht: die Massen werden zum Spiel-

ball verschiedener konterrevolutionärer Fraktionen und des Imperialismus, werden unterdrückt, die Frauen werden unterjocht, die Jugend verliert jede Chance auf Bildung.

Manche „Linke“ sehen im Sieg der Taliban einen „Sieg der Volksmassen“ und einen „Sieg über den Imperialismus“. Ja, gewiss - das Ende dieser Phase der militärischen Intervention bedeutet eine Schwächung vor allem des amerikanischen Imperialismus. Aber die Taliban wollen ein islamofaschistisches Regime errichten. Momentan haben ihre Führer Kreide geschluckt, weil sie aus ihren vergangenen Fehlern gelernt haben.

Die Jahre des Taliban-Terrors, der korrupten Machtausübung durch die imperialistische Marionettenregierung Karzais und dessen Nachfolgers Ghani und die Bombardements des Landes haben zur Zerstörung der wichtigsten Infrastrukturen und der meisten Industrien geführt.

Neben kostbaren Industriemetallen wie Lithium verfügt Afghanistan über reiche Vorräte an Uran, Öl, Kohle, Gas, sogar Gold. Bisher ist jedoch nur ein kleiner Teil dieser Vorkommen erschlossen. Schon beginnt ein Wettrennen um Einfluss und Wirtschaftsverträge. Nach der ersten Machtergreifung der Taliban hatten Ökonomen der Weltbank die Wirtschaftsstruktur des Landes als „agrari-sche Opium-Drogen-Wirtschaft“ charakterisiert. Die Kriegszerstörungen und die Massenflucht von qualifizierten

Arbeiter\*innen könnten zu einer Wiederbelebung dieser Wirtschaftsstruktur führen.

Es könnte aber auch zu einer ganz anderen Entwicklung kommen. Neben Regionalmächten wie der Türkei und Pakistan hat vor allem der junge und hungrige chinesische Imperialismus seinen Appetit gezeigt. Nur wenige Stunden nach dem Einmarsch der Taliban in Kabul kündigte ein chinesischer Regierungssprecher eine „freundliche Kooperation“ mit der Regierung des Emirats an.

Allerdings waren die bisherigen Wirtschaftsbeziehungen auf Grund der Instabilität des Landes für China wenig befriedigend. Etwa die Kupfermine von Mes Aynak: Trotz eines 2008 geschlossenen Abbaukontrakts zwischen zwei chinesischen Konzernen und der Regierung in Kabul kam es wegen Streitigkeiten über die Verarbeitung des Kupfers zu so gut wie keinem Abbau; damit wiederum scheiterte das Projekt einer Bahnverbindung zwischen den Häfen Hairatan und Torkham, um das Kupfer abzutransportieren.

Um Afghanistan in das „Neue Seidenstraßenprojekt“ einzubinden bräuchte es Stabilität und Sicherheit. Trotz freundschaftlicher Signale aus Peking gibt es aber auch Grund zur Annahme, dass eine Kooperation mit den Taliban wegen deren Strahlkraft auf Islamisten in China von Teilen des Parteiapparats sehr kri-

tisch gesehen wird.

Entscheidend wird sein, dass sich die durch Krieg und Flucht zahlenmäßig deutlich dezimierten Lohnabhängigen in Stadt und Land jetzt selbständig in Gewerkschaften und Stadtteil- und Dorfkomitees organisieren und selbst bewaffnen. Der Schutz gegen Warlords und Taliban steht auf der Prioritätenliste ganz oben. Die islamistischen Parteien haben gezeigt, dass sie ausschließlich den Klasseninteressen der verschwindend kleinen Schicht von Großgrundbesitzern und Kapitalisten dienen. Die DVPA hat gezeigt, wohin die Politik von Mehrklassenbündnissen führt. Positive Ansätze bei den Frauenrechten, der Bildung und der Industrialisierung wurden durch Kompromisse gegenüber der alten herrschenden Klasse zunichte gemacht, die sich die Unterstützung der imperialistischen Mächte sicherte.

Vor der kleinen pakistanischen Arbeiterklasse steht die immense Herausforderung, einerevolutionäre Arbeiterpartei bolschewistischen Typs aufzubauen, die im Rahmen des Kampfs für die Errichtung eines Arbeiter\*innenstaats, der sich auf die Masse der kleinen Bauern stützt, gemeinsam mit ihren Klassenbrüdern in Pakistan und den angrenzenden Ländern eine Sozialistische Föderation Mittelasiens zu errichten.



## Das CoReP und seine Sektionen im Internet [www.revolucionpermanente.com](http://www.revolucionpermanente.com)

Gruppe KLASSENKAMPF

<https://www.klassenkampf.net>

Internaciema Kolektivista Cirklo

<https://www.ikcirklo.org/>

Patronsuz Dünya

<https://www.patronsuzdunya.com/>

Groupe Marxiste Internationaliste

<https://groupemarxiste.info/>

*Die Arbeiter können natürlich im Anfange der Bewegung noch keine direkt kommunistischen Maßregeln vorschlagen. (...)*

*Aber sie selbst müssen das meiste zu ihrem endlichen Siege dadurch tun, daß sie sich über ihre Klasseninteressen aufklären, ihre selbständige Parteistellung sobald wie möglich einnehmen, sich durch die heuchlerischen Phrasen der demokratischen Kleinbürger keinen Augenblick an der unabhängigen Organisation der Partei des Proletariats irremachen lassen. Ihr Schlachtruf muß sein: Die Revolution in Permanenz.*

*Karl Marx, Friedrich Engels, Jänner 1850*



# „Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben“

So, wie es ist, darf es nicht bleiben: Weltweit stößt der Imperialismus Milliarden Menschen in Hunger, Elend, Obdachlosigkeit. Bedenkenlos werden aus Profitgier die Natur und damit die Lebensbedingungen der Menschheit zerstört. Dieser Raubbau führt zu Katastrophen wie Waldbränden, dem Auftauen der Permafrostböden, dem Schmelzen der Gletscher und Pole, der Entstehung von Pandemien.

In den imperialistischen Metropolen kann es sich eine kleine reaktionäre Minderheit leisten, gegen Impfungen mobil zu machen oder den Einfluss der kapitalistischen Produktionsweise auf die Naturzerstörung zu leugnen. Für die ausgebeuteten Massen auf allen Kontinenten hingegen ist es eine Überlebensfrage, medizinische Versorgung für alle zu schaffen und der Vergeudung und Zerstörung der natürlichen Umwelt und Ressourcen Einhalt zu gebieten.

„Was tun?“ - diese Frage warf schon 1863 der russische Schriftsteller Tschernyschewski auf. Ein anderer russischer Revolutionär, Wladimir Iljitsch Lenin, wählte diese Fragestellung bewusst als Titel einer 1902 veröffentlichten Broschüre, in der er die Notwendigkeit einer straff organisierten revolutionären Arbeiter\*innenpartei begründete.

„Was tun?“ - diese Frage stellen sich heute weltweit Millionen, ja Milliarden hauptsächlich junger Menschen, die nicht zusehen wollen, wie der Kapitalismus ihren Planeten und ihre Zukunft zerstört.

Als Marxist\*innen sagen wir, dass nur der Sturz dieser auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaftsformation die Probleme

der Menschheit lösbar macht. Lösbar deswegen, weil der Kapitalismus eine Politik der verbrannten Erde betreibt. Es wird für die kommenden Generationen eine schwierige Aufgabe sein, die Umweltverbrechen, die gesundheitlichen Verwüstungen, die Folgen von Kriegen und Massenvertreibungen so weit wie möglich rückgängig zu machen. Die gemeinschaftlich, planmäßig demokratisch organisierte Wirtschaft einer sozialistischen Gesellschaft muss so gestaltet werden, dass sich die Natur (deren Teil der Mensch ist) von den Jahrhunderten kapitalistischer Ausplünderung erholen kann.

Um den Kapitalismus zu stürzen braucht es die bewusste, planmäßige politische und soziale Intervention einer revolutionären Partei. „Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben“, schrieb Lenin in seiner erwähnten Broschüre „Was tun?“.

Die Gruppe KLASSENKAMPF hat daher einen MARXISTISCHEN STUDIENZIRKEL (MSZ) gegründet, der es allen Interessent\*innen ermöglichen soll, sich selbst aktiv Wissen anzueignen, das für den revolutionären Kampf wichtig ist. Das heißt: Die Teilnehmer\*innen am MSZ können selbst über die zu diskutierenden Themen entscheiden; alle Teilnehmer\*innen können sich mit Referaten, schriftlichen Beiträge, Präsentationen ... in den MSZ einbringen.

Während der Lockdowns haben wir den MSZ virtuell in Form von Videokonferenzen abgehalten. Das hat sich bewährt, und wir werden diese Form der Arbeit beibehalten. Selbstverständlich werden aber, wenn sich die medizinische Situation verbessert hat, auch persönliche Tref-

fen des MSZ stattfinden.

In diesem Jahr haben wir unter anderem einen mehrteiligen Diskussionszyklus über Lenins Buch „Staat und Revolution“ (geschrieben 1917) durchgeführt. Gerade angesichts der zunehmend autoritären Tendenzen schien es uns spannend, gemeinsam die marxistische Lehre vom Staat zu erarbeiten. Daraus ergab sich im Anschluss eine Reihe von Referaten über „Frauen und russische Revolution“. Weiters gab es mehrere Abende, die sich mit Aspekten der Lebenssituation von Migrant\*innen beschäftigten.

Flankierend gibt es zu verschiedenen Themen schriftliche Materialien („MSZ Bulletin“), die Zusatztexte und Diskussionsbeiträge zusammenfassen.

Der MSZ soll Genoss\*innen die Möglichkeit bieten, revolutionäres Wissen zu erwerben, auf dessen Basis sie sich früher oder später entscheiden können, ob sie in der Gruppe KLASSENKAMPF aktiv werden wollen oder nicht. Die Teilnahme am MSZ setzt kein spezielles Vorwissen voraus. Wir haben in diesem Jahr erlebt, wie gut Genoss\*innen einander beim Schließen von Wissenslücken geholfen haben. Der MSZ ist kein elitärer Kreis für Insider.

Interessent\*innen können gerne unter der Mailadresse

[marxistischerstudienzirkel@tutanota.com](mailto:marxistischerstudienzirkel@tutanota.com)

nähere Informationen erhalten oder ein Treffen vereinbaren. Wir freuen uns auf eure Teilnahme!



**Kontakt:** [marxistischerstudienzirkel@tutanota.com](mailto:marxistischerstudienzirkel@tutanota.com)  
[gruppeklassenkampf@tutanota.com](mailto:gruppeklassenkampf@tutanota.com)

**Web:** [www.klassenkampf.net](http://www.klassenkampf.net)